

MITBESTIMMUNG

DAS MAGAZIN DER HANS-BÖCKLER-STIFTUNG



Wir haben nur eine Erde

Wie Krisen uns mobilisieren können



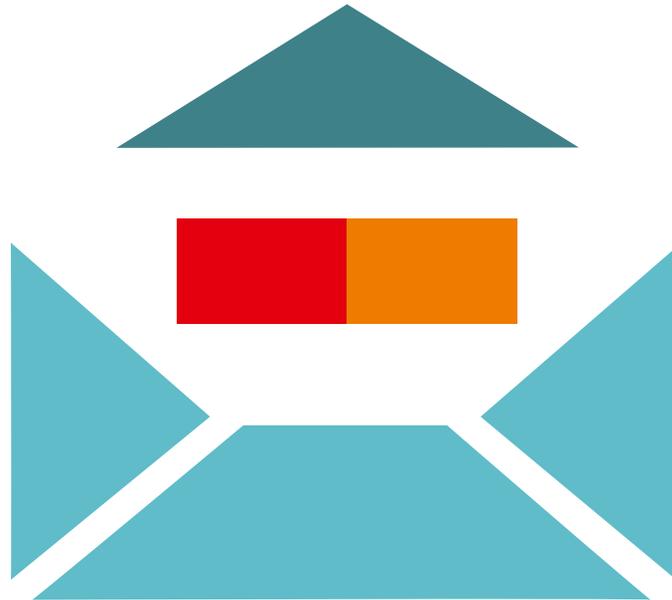
Zeit für eine Frau

Yasmin Fahimi führt den Deutschen Gewerkschaftsbund



Reiseziel Paris

So geht Mitbestimmung beim Dienstleister Spie



[BOECKLER.DE/HANS](https://boeckler.de/hans)

GESTATTEN? HANS.

Die aktuellsten Nachrichten, Forschungsergebnisse und Publikationen aus der Hans-Böckler-Stiftung gibt es jetzt per Newsletter im Zweiwochentakt.

Dazu Interviews, Porträts, Veranstaltungsberichte und natürlich die wichtigsten Termine. Jetzt anmelden und auf dem Laufenden bleiben: boeckler.de/hans



Foto: Jan Rathke

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER, LIEBE INTERESSIERTE

Das WSI der Hans-Böckler-Stiftung befragt seit April 2020 Erwerbstätige und Arbeitssuchende zu ihrer Lage. Anders als zunächst gedacht, mussten wir nicht nur einmal fragen. Jetzt liegen die Daten der achten Befragung vor, weil die Krise kein Ende nimmt. Die Sorge um soziale Ungleichheit ist größer als in den bisherigen Erhebungen: Zwei Drittel aller Befragten fürchten, dass die Gesellschaft „Gefahr läuft, zu zerbrechen“.

Zu Hause singt meine Fünfjährige: „El pueblo unido jamás será vencido!“ Was aber heißt „vereint“, wenn die einen lieber weiter im Homeoffice arbeiten, während die anderen die Maschinen nicht von zu Hause bedienen und die Kranken nicht von zu Hause pflegen können? Wie organisiert man da Zusammenhalt?

Seit mehr als 150 Jahren haben Gewerkschaften Antworten darauf gefunden. Wenn Reiner Hoffmann seiner Nachfolgerin, der Chemikerin Yasmin Fahimi, die chemische Formel von Klebstoff schenkt, dann weil die Fliehkräfte angesichts der Krisen enorm sind. Es sind die Menschen in den Betrieben, die für mich den Klebstoff bilden und von denen einige in diesem Heft ihre Geschichten erzählen. Eine interessante Lektüre wünscht

Claudia Bogedan,
Geschäftsführerin

claudia-bogedan@boeckler.de

Mein Lesetipp:

„Nach der letzten Schicht“ von Andreas Molitor, S. 30 ff., weil der Beitrag zeigt, wie wichtig und wie viel nachhaltiger es ist, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen.

IN DIESER AUSGABE ...



TITELTHEMA: KRISE

10 Auf Messers Schneide

Die Rückkehr der Krisenrhetorik in der Politik.

Von Kay Meiners

18 „Die Realität toppt gerade frühere Krisen“

Daniela Cavallo über Mitbestimmung im VW-Konzern

22 „Doppelt so schnell gealtert“

Corona, Inflation, Krieg – Menschen erzählen, was das für sie bedeutet

26 Das wird teuer

Die Inflationsrate ist so hoch wie vor 40 Jahren. Von Stefan Scheytt

28 Die Krise als Nagelprobe

Betriebsräte werden gegründet, wenn es rumort. Von Andreas Schulte

30 Nach der letzten Schicht

Die krisengebeutelte Lausitz soll Vorbild werden. Von Andreas Molitor

ARBEIT UND MITBESTIMMUNG

33 Praxistipp

Konzepte von „New Work“ richtig regulieren

34 Wir bestimmen mit

Michael Kessler, Arbeitnehmervertreter bei Spie. Von Kevin Galant

36 Comeback im Solar Valley

Eine Schweizer Firma hat zwei ostdeutsche Solarfabriken wiederbelebt.

Von Andreas Molitor



POLITIK UND GESELLSCHAFT

39 Den Nerv voll getroffen

Wie ein Betriebsrat zum Gewinner des IG-Metall-Contest wurde.

Von Martin Kaluza

42 Zeit für eine Frau

Bericht vom DGB-Kongress. Von Fabienne Melzer

46 In Abneigung vereint

Gewerkschaften in der Ukraine. Von Stefan Scholl



IMMER IM HEFT ...

KOMPAKT

6 NACHRICHTEN

8 CHECK Die Zahlen hinter der Zahl

9 PRO & CONTRA Ein Thema, zwei Experten

AUS DER STIFTUNG

48 RADAR Böckler-Institute, Böckler-Projekte, Meldungen

50 WIR – DIE STIFTUNG Branchen



54 EVENTS Termine, die sich lohnen

55 ZUR SACHE Ernesto Klengel: EuGH-Urteil zur Leiharbeit

MEDIEN

56 BUCH Rezensionen, Tipps & Debatten

59 DAS POLITISCHE LIED Elvis Costello: „Shipbuilding“

60 DIGITAL Links, Apps & Blogs



RUBRIKEN

3 EDITORIAL

62 FUNDSTÜCK

64 LESERFORUM

65 IMPRESSUM/VORSCHAU

66 MEIN ARBEITSPLATZ

WAS
SONST NOCH
GESCHAH



In der Grauzone

Für die Veröffentlichung seines Textes hat ein Autor uns eine besondere Bedingung gestellt. Sein Text, schrieb er, dürfe nicht das Wort „Krieg“ für die russische Militäraktion gegen die Ukraine enthalten. Hintergrund ist die Angst vor strafrechtlicher Verfolgung in Russland, seiner Wahlheimat. Auch Begriffe wie „Invasion“ und „Angriff“ dürfen dort nicht mehr verwendet werden; Präsident Putin hat sie verboten. Wer sie dennoch verwendet, riskiert strafrechtliche Konsequenzen. Aber auch Menschen, die die Gesetze formal nicht verletzen, werden drangsaliert. Zensur und Repression setzen auf Unsicherheit, auf eine Grauzone, die zur umfassenden Selbstzensur führt. Darf man schreiben, dass russische Panzer seit Monaten durch die Ukraine rollen? Dass russische Soldaten Städte angreifen? Dass sie Zivilisten töten, ganze Stadtviertel in Schutt und Asche legen? Putin lebt in seiner eigenen Welt. Der Welt der „Spezialoperation“. Ich habe die Fantasie, dass er eines Tages versehentlich eines der verbotenen Wörter benutzt. Ob dann wohl auch die Justiz einschreitet? ■



KAY MEINERS ist
Redakteur des Magazins
Mitbestimmung.



Der Krieg und das Getreide

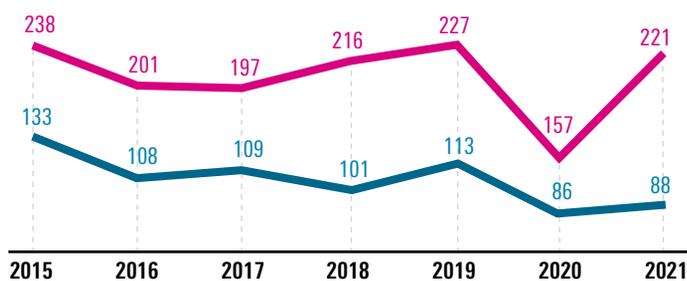
In einem Getreidefeld nahe der ukrainischen Stadt Mykolajiv steckt der Transportbehälter einer Artillerierakete. Russland und die Ukraine gehören für Länder in Afrika und Nahost zu den wichtigsten Getreidelieferanten. Der Krieg in der Ukraine werde die Ärmsten der Welt treffen, warnen Hilfsorganisationen. In den Schwarzmeerhäfen

liegen Millionen Tonnen Getreide fest, die Preise steigen. Gleichzeitig erlebt Ostafrika die schwerste Dürre seit Jahrzehnten. Laut Oxfam verhungert dort alle 48 Sekunden ein Mensch. Experten befürchten, dass die gestiegenen Lebensmittel- und Energiepreise weltweit bis zu 40 Millionen Menschen mehr in die Armut treiben werden. ■

STREIK

Zurück auf Normalniveau

Anzahl der Arbeitskämpfe in Deutschland 2015 bis 2021



— Anzahl der Arbeitskämpfe

— Arbeitskämpfe Dienstleistungssektor (inkl. Druck und Verlage)

Quelle: WSI-Arbeitskampfbilanz 2021; Böckler Report Nr. 74, April 2022

BETRIEBSRATSGRÜNDUNG

Aldi schießt ein Eigentor

Verdi rechnet in Zukunft mit mehr Mitbestimmung bei Aldi-Süd. „Wir hoffen jetzt auf mehr Initiativen zu Betriebsratsgründungen“, sagt Robert Puleski, Sekretär der Gewerkschaft in Düsseldorf. Unfreiwillig hatte Aldi-Süd im April darauf aufmerksam gemacht, dass in fast allen Regionalgesellschaften des Discounters Betriebsräte fehlen. Laut der Organisation „Aktion Arbeitsunrecht“ hatten Filialleiter ein Treffen zur Bestellung eines Wahlvorstands im April in Köln mit Zwischenrufen und Falschbehauptungen gestört. Mehrere Personen sollen die Bühne gestürmt haben, es kam zu Gerangel und Beleidigungen. Sogar die Polizei rückte an. Die Initiatoren mussten die Versammlung auflösen. Die Kölner Tageszeitung „Express“ sprach von einem Eklat. ■

HARTZ IV

Sanktionen ausgesetzt

Die Ampelkoalition hat einige Sanktionen für Hartz-IV-Empfänger bis Mitte kommenden Jahres gestrichen. Im Koalitionsvertrag hatten die drei Parteien vereinbart, dass es bis zur gesetzlichen Neuregelung der Strafen ein einjähriges Moratorium für die Sanktionen geben soll. Ausgesetzt wird die Möglichkeit, das Arbeitslosengeld II bei einer Pflichtverletzung um 30 Prozent zu mindern. Bei Meldeversäumnissen muss man ferner für ein Jahr erst im Wiederholungsfall Sanktionen in Höhe von maximal zehn Prozent des Regelbedarfs fürchten. Die Gewerkschaft Verdi hatte die Pläne als unzureichend kritisiert und ein echtes Moratorium gefordert. Ihr Vorsitzender Frank Werneke bezeichnete den Gesetzentwurf im Vorfeld als „Bruch des Versprechens, das im Koalitionsvertrag gegeben wurde“. Im weiteren Gesetzgebungsverfahren müsste nun die Bundesregierung zu ihrem Wort stehen. Soziale Sicherheit sei derzeit für den Zusammenhalt in der Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Rund 80 Prozent der Hartz-IV-Sanktionen gehen auf Meldeversäumnisse zurück. ■

AUFSICHTSRAT

EuGH-Gutachter stützt Gewerkschaftsposition

Im Streit um die Wahl in den Aufsichtsrat hat der Generalanwalt beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) die Position der Gewerkschaften gestützt. Nach Ansicht des Gutachters müssen Gewerkschaftsvertreter auch nach der Umwandlung in eine Europäische Aktiengesellschaft (SE) in einem eigenen Wahlgang bestimmt werden. Beim Softwareunternehmen SAP besteht der Aufsichtsrat seit Umwandlung in eine SE aus 18 Personen. Allerdings ermöglicht die SE-Beteiligungsvereinbarung, den Aufsichtsrat zu verkleinern. Die Gewerkschaften könnten in diesem Fall zwar weitere Kandidaten vorschlagen, einen eigenen Wahlgang sollte es aber nicht mehr geben. Gegen diese Option hatten IG Metall und Verdi geklagt. Sebastian Sick, Mitbestimmungsexperte der Hans-Böckler-Stiftung, stimmt dem Schlussantrag optimistisch: „Das ist eine gute Ausgangslage. Der EuGH folgt häufig den Empfehlungen des Generalanwalts.“ Die Wahl der Gewerkschaftsvertreter sei wichtig. „Sie sind in besonderem Maße unabhängig und stärken die Kontrolle des Aufsichtsrats“, sagt Sick. ■

56,1%

der Betriebs- und Personalräte

berichten von einer zunehmenden Belastung bei ihrer Arbeit durch die Coronakrise – so das Ergebnis der Betriebs- und Personalrätebefragung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung. Nur fünf Prozent fanden, ihre Belastung sei gesunken. Häufigste Themen der Betriebs- und Personalratsarbeit während der Pandemie waren Corona und die Folgen für den Betriebsablauf, für Arbeitsschutz und Gesundheit sowie mobile Arbeit oder Heimarbeit.

Quelle:
WSI Report Nr. 75, Mai 2022

WISSEN SIE ...

... dass rund ein Zehntel der Erwerbstätigen Workaholics sind?

„Suchthaftes Arbeiten“, so eine von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie, ist mit 12,4 Prozent vor allem unter Führungskräften verbreitet. In mitbestimmten Betrieben kommt suchthaftes Arbeiten mit 8,7 Prozent deutlich seltener vor.

Quelle: Beatrice von Berk/Christian Ebner/Daniela Rohrbach-Schmidt: Wer hat nie richtig Feierabend? In: Zeitschrift Arbeit 3/2022

EINE FRAGE, HERR BURKERT



Foto: evg-online

Ist das Neun-Euro-Ticket eine gute Idee?

Das Ticket ist ein wichtiges Signal für mehr ÖPNV. Gleichzeitig sind die drei Monate eine riesige Herausforderung und ein teurer politischer Schnellschuss. Die Beschäftigten werden alles ihnen Mögliche zum Gelingen des Feldversuchs tun. Angesichts des zu erwartenden Ansturms bräuchte es jedoch mehr Personal und Angebot. Natürlich muss der ÖPNV auch preislich attraktiv sein. Aber mit dem Neun-Euro-Ticket wird der zweite Schritt vor dem ersten gemacht. Ärger und Frust der Fahrgäste über Verspätungen, überfüllte Züge oder Räumung von Bahnsteigen könnten an den Beschäftigten hängen bleiben. Deshalb ist es wichtig, auch dauerhaft mehr Geld für den gesamten ÖPNV bereitzustellen. Nur so wird man langfristig die notwendigen Kapazitäten erreichen können. ■

MARTIN BURKERT ist stellvertretender Vorsitzender der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG).

CHECK DIE ZAHLEN HINTER DER ZAHL

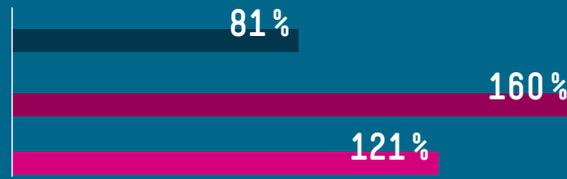
Industrie bleibt Basis des Wohlstands

WIRTSCHAFTSSTRUKTUR In Deutschland bleibt die Industrie auch im Zeitalter der Dienstleistungen Basis des wirtschaftlichen Wohlstands. Zu diesem Ergebnis kommt eine vom Institut für Mitbestimmung und Unternehmensführung (I.M.U.) geförderte Studie.

Von Fabienne Melzer

Langsamer gewachsen

Zwischen 1991 und 2020 veränderte sich der Produktionswert der Industrie um
 des Dienstleistungssektors um
 der Gesamtwirtschaft um



Wichtigster Lieferant für den eigenen Sektor

Aus diesen Sektoren bezieht die Industrie ihre Vorleistungen:



Bei Investitionen vorne

Entwicklung der Bruttoinvestitionen zwischen 1991 und 2020:



International im Mittelfeld

Anteil der industriellen Bruttowertschöpfung am Bruttoinlandsprodukt:



Quelle: Oliver Emons/Henrik Steinhaus/Stephan Kraft: **Volkswirtschaftliche Bedeutung des industriellen Sektors in Deutschland**. Mitbestimmungsreport Nr. 73, April 2022

PRO & CONTRA EIN THEMA, ZWEI EXPERTEN

Sollte die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel gesenkt werden?



Foto: G. Baumbach/vzby

JA.

Weniger Mehrwertsteuer auf Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte – neu ist die Idee nicht. Der Wissenschaftliche Beirat beim Ernährungsministerium sprach sich schon 2020 dafür aus, die Zukunftskommission Landwirtschaft 2021. In den letzten Wochen hat die Diskussion angesichts der hohen Inflationsraten Fahrt aufgenommen. Ziel einer solchen Mehrwertsteuersenkung wäre es, den Anreiz für eine gesunde und nachhaltige Ernährung zu erhöhen, indem Obst und Gemüse billiger werden, gerade im Vergleich zu tierischen Lebensmitteln wie Fleisch.

Bei stark gestiegenen Lebensmittelpreisen könnte eine Mehrwertsteuerbefreiung außerdem Menschen entlasten, wenn auch nur geringfügig. Es ist davon auszugehen, dass der Lebensmittelhandel die Steuerbefreiung tatsächlich weitergibt. Zumindest bei der letzten temporären Mehrwertsteuersenkung 2020 war das der Fall.

Die Mehrwertsteuerbefreiung von Obst und Gemüse kostet den Staat nicht nur etwas, sondern fördert eine gesunde Ernährung und spart langfristig auch Kosten, beispielsweise im Gesundheitssystem. Klar ist aber auch: Gerade für Geringverdiener reicht eine Mehrwertsteuersenkung natürlich nicht, um die stark gestiegenen Lebenshaltungskosten auszugleichen. Der Staat muss dringend die ernährungsbezogenen Regelsätze in der Grundsicherung anheben und einkommensschwache Haushalte gezielt entlasten. ■

ANNE MARKWARDT leitet das Team Lebensmittel bei der Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.



Foto: Peter Himsel

NEIN.

Lebensmittel wurden zuletzt massiv teurer. Familien und Menschen mit geringen Einkommen setzt der Preisanstieg immer mehr unter Druck. Doch eine geringere Mehrwertsteuer für bestimmte oder alle Nahrungsmittel, wie sie zuletzt in der öffentlichen Debatte gefordert wurde, wäre gesamtgesellschaftlich keine gute Lösung. Zunächst entlastet eine Mehrwertsteuersenkung sozial nicht besonders zielgenau. Denn alle Haushalte würden weniger zahlen, auch jene, die dank hoher Einkommen keine Geldsorgen haben.

Zweitens dürfte eine allgemeine Steuersenkung reiche Haushalte sogar stärker entlasten als jene mit geringen Einkommen. Der französische Käse aus dem Delikatessenladen für 5,99 Euro pro 100 Gramm würde um rund 40 Cent billiger, der abgepackte Gouda für 60 Cent pro 100 Gramm gerade einmal um 4 Cent.

Drittens kostet eine Mehrwertsteuersenkung den Staat viel Geld, das in den kommenden Jahren für Aufgaben wie Infrastruktur, Bildung und Dekarbonisierung benötigt wird. Das wiegt umso schwerer, als diese Einnahmeausfälle bei einer Steuersenkung wohl dauerhaft wären.

Sinnvoller, als an der Mehrwertsteuerschraube zu drehen, ist es deshalb, besonders belasteten Haushalten und Familien mit einmaligen Zahlungen zu helfen und insbesondere im unteren Einkommensbereich für ordentliche Lohn- und Gehaltssteigerungen zu sorgen. ■

SEBASTIAN DULLIEN ist Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung.



Und Ihre Meinung? Was halten Sie davon? Schreiben Sie an redaktion@boeckler.de



Klima-Streik von Schülern im australischen Sydney (2019): Dem Planeten Erde geht es schlecht.



AUF MESSERS SCHNEIDE

POLITIK Die Krisenrhetorik ist zurück auf dem politischen Parkett. Das Wort Krise kann Menschen für den Fortschritt mobilisieren. Aber es kann auch selbst zur Gefahr werden.

Von Kay Meiners

Bill Anders, einer der Astronauten an Bord von Apollo 8, handelt am Heiligen Abend des Jahres 1968 gegen das Protokoll, als er zur Kamera greift. Auf dem Raumflug, der die Mondlandung im kommenden Jahr vorbereiten soll, sieht er die Erde über der grauen Mondoberfläche aufgehen – und ist überwältigt. Vor dem schwarzen All sieht die Erde aus wie ein wertvoller, funkelnder Opal. Anders macht ein Foto, das zum ersten Mal die Erde als Ganzes zeigt. Unter dem Namen „Earthrise“, auf Deutsch „Erdaufgang“, wird es zur Ikone. Es ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einem globalen Bewusstsein. Der Planet Erde ist eine Solidargemeinschaft. Und es geht ihm schlecht. „Alle Krisen, die die 1970er Jahre in Westeuropa und in den USA zu einem krisenhaften Jahrzehnt machten, wurden als globale Krisen diskutiert: die Öl- und Energiekrisen, die Wirtschafts- und Währungs- und die Umwelt-, die Überbevölkerungs- und die Welternährungskrise“, so Rüdiger Graf, Historiker am Leibniz-Zentrum für Zeit-historische Forschung in Potsdam. ▶

KRISEN DER NEUZEIT

1857: BANKENPANIK

Während des Krimkrieges hat Europa auf billigen russischen Weizen verzichtet und teurer in den USA gekauft. Jetzt ist der Krieg zu Ende, die Preise sinken, US-Farmer bleiben auf der Ware sitzen. Sie können ihre Kredite nicht zurückzahlen. Bald muss die erste Bank ihre Zahlungen einstellen. Die Krise breitet sich rasch um die Welt aus. Viele Menschen begreifen zu ersten Mal, wie vernetzt die Wirtschaft ist.



Foto: Alamy

► Graf hat den Begriff der Krise, seine Konjunkturen und semantischen Verschiebungen im Lauf der Zeit analysiert und zwei Epochen näher untersucht, in denen die Rhetorik der Krise ihre Höhepunkte hatte: die 1920er und die 1970er Jahre. Krise ist für Graf ein Schlüsselbegriff der Moderne. Der Historiker sagt: „Wer von Krise spricht, glaubt daran, dass die Zukunft von der eigenen Aktivität abhängt. Eine Krise ist eine Herausforderung, die man meistern kann.“

1873: GRÜNDERKRISE



Foto: AKG

Die Reichsgründung von 1871 und der Fall der Zollgrenzen sind Dünger für die deutsche Wirtschaft. Überall wird investiert. Doch die Wirtschaft ist überhitzt. Es kommt zum Börsencrash. Für die Industrialisierung ist die Gründerkrise allerdings nur eine Atempause. Interessengruppen organisieren sich verstärkt. In Gotha schließen sich 1875 zwei Arbeiterparteien zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands zusammen, der heutigen SPD.

1929: WELTWIRTSCHAFTSKRISE

Foto: Deutsches Historisches Museum / Walter Bailhauser



Die USA sind die führende Wirtschaftsnation der Welt. Viele Länder, auch Deutschland, sind nach dem Weltkrieg hoch verschuldet. Als 1929 eine Spekulationsblase an der New Yorker Börse platzt, kommt es zur Kernschmelze. US-Banken ziehen Geld aus dem Ausland ab, die Industrieproduktion bricht ein. Die Arbeitslosigkeit explodiert. Die Menschen sind verzweifelt. Zwischen 1925 und 1933 nimmt die Zahl der Beschäftigten im Reich um 30,3 Prozent ab. Löhne und Renten werden gekürzt.

Die Welt am Scheideweg?

An solchen Herausforderungen besteht kein Mangel. Deutschland hat die Coronakrise noch nicht verdaut, die EU ist geschwächt, China ist auf dem Weg zur ökonomischen Supermacht – und dem Planeten geht es auch nicht gut. Die Welt stehe an einem „Scheideweg“, heißt es im Bericht „Gemeinsame Sicherheit 2022“ des Internationalen Friedensbüros, der gemeinsam mit internationalen Gewerkschaftsbünden entstanden ist: „Wir sind Zeugen einer globalen Krise, die durch die Unfähigkeit gekennzeichnet ist, den Klimawandel zu stoppen, ein lückenhaftes und ungleiches globales Vorgehen gegen die Covid-19-Pandemie und eine lange Liste von Konflikten, bei denen die internationale Gemeinschaft versagt hat.“

Der Begriff Krise kann, so Rüdiger Graf, „eine komplexe Gemengelage auf eine Entweder-oder-Antwort bringen – mit einer positiven Lösung auf der einen Seite und einer negativen Drohung auf der anderen Seite“. Für Politiker sei das verführerisch. Das gelte auch dann, wenn am Ende ein Kompromiss erzielt werden muss, der verschiedene Interessen unter einen Hut bringt.

Krise und Hoffnung waren lange ein fruchtbares Paar. In den 1920er Jahren und selbst nach 1929, als Deutschland in den Strudel einer dramatischen Weltwirtschaftskrise geriet, wurde der Diskurs noch überwiegend im nationalen Rahmen geführt, aber dafür mit der Hoffnung auf eine dauerhafte Überwindung der Krise.

Dagegen war der Grundton der 1970er Jahre, als die internationale Zusammenarbeit viel stärker eingefordert wurde, wesentlich fatalistischer

und pessimistischer. Die Gleichzeitigkeit von wirtschaftlicher und ökologischer Krise, so Graf, „zerstörte für viele Zeitgenossen die Idee, dass der Mensch den Fortschritt gestalten kann“.

Krisen als Wendepunkte zum Guten zu verstehen, diesem Gedanken hatte sich im 19. Jahrhundert auch die Arbeiterbewegung verschrieben. In der Marx'schen Lehre waren Krisen dazu da, Revolutionen zu verursachen, die dann zu fortschrittlicheren Gesellschaften führten. Doch spätestens in Weimar wurde auch eine dunkle Seite der Krisenrhetorik spürbar, die erklärt, warum Krisenzeiten immer auch die Stunde der Populisten sind. „Gerade an den Rändern des politischen Spektrums gab es die Tendenz, verschiedene Krisen zu einer Gesamtdeutung zusammenzufügen – zu einer einzigen ▶

Hungerkrise in Biafra, wilder Müll in New York: „Der Diskurs wurde in den 1970er Jahren fatalistischer und pessimistischer.“

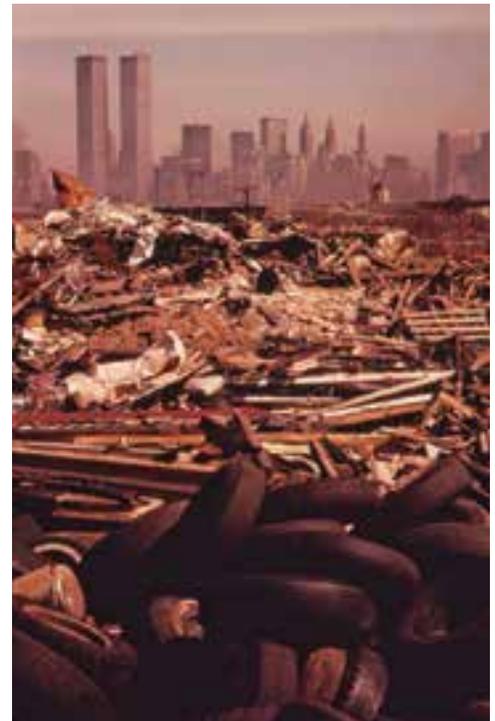


Foto: national archives and records

Foto: picture alliance / Leemage



1973: ÖLKRISE

Foto: picture alliance/dpa



Vor allem durch die „autofreien Sonntage“ ist der Herbst 1973 im kollektiven Gedächtnis geblieben. Nach dem Ausbruch des Jom-Kipur-Krieges zwischen Israel und arabischen Staaten unter Führung Ägyptens trifft ein Ölpreisschock die deutsche Wirtschaft. Nachdem

die arabischen Ölstaaten ihre Fördermenge drastisch reduzieren, vervierfacht sich der Ölpreis. Es kommt zu Produktionseinbrüchen, Kurzarbeit und Entlassungen. Preise und Löhne katapultieren sich gegenseitig auf immer höhere Umlaufbahnen.

1990: NACHWENDEKRISE

Foto: picture alliance/zb



Es ist eine Schocktherapie mit erwartbarem Ausgang: Mit der Wirtschafts- und Währungsunion im Sommer 1990 wird die rückständige und nicht wettbewerbsfähige Industrie der DDR der globalen Konkurrenz ausgesetzt. Zwei Jahre später liegt die ostdeutsche Industrieproduktion bei nur noch einem Viertel des Niveaus von 1989. Mit der Demokratie kommt statt „blühender Landschaften“ erst Arbeitslosigkeit.

2000: DOTCOM-BLASE

Foto: Reuters



Wer in den 1990er Jahren Millionen von Investoren einsammeln will, benötigt oft weder Kunden noch eine Geschäftsidee. Hauptsache, irgendwas mit Internet. Der Siegeszug des World Wide Web nährt die Aussicht auf fantastische Gewinne.

Spekulationen auf die Zukunftsaussichten frischer Börsenkandidaten werden ein Volkssport, dem auch viele Kleinanleger verfallen. Als sich abzeichnet, dass viele Unternehmen die Erwartungen nicht erfüllen können, kommt es zum Kurssturz an den Börsen. Internetunternehmen stürzen reihenweise in die Pleite.

► fundamentalen Krise“, erklärt Graf. „Je radikaler das politische Programm, desto dramatischer muss die Krisendiagnose sein, um es zu rechtfertigen.“

Beim DGB in Berlin gibt es eine eigene Abteilung, die aktuellen Trends nachspürt und Impulse für die innergewerkschaftliche Debatte liefern soll: die Abteilung Grundsatzfragen. Ihr Leiter Thomas Fischer weiß, dass viele Menschen, auch in den Gewerkschaften, die Zeiten als krisenhaft empfinden. Und er weiß, dass man mit dem Wort mobilisieren und Politik machen kann. Doch Fischer, der auch im Vorstand der Hans-Böckler-Stiftung ist, hält das Wort für vorbelastet.

Krisenrhetorik höhlt die Demokratie aus

Vorbelastet ist es nicht nur wegen der Krise Fatalismus, die seit den 1970er Jahren mitschwingt. Sondern auch wegen Weimar: weil die Krisenrhetorik der Nationalsozialisten und der Kommunisten dem Zweck diente, die Demokratie zu destabilisieren und eine diktatorische Gesellschaft zu befördern. Es ist ein Punkt, auf den auch Graf hinweist. Fischer redet deswegen aber lieber von „Wandel“, von „Wende“ oder „Transformation“. Worte, die eher vermitteln, dass Veränderung bewältigt und gestaltet werden kann.

Damit will er vermeiden, dass die Veränderungen den Menschen mehr Angst als Hoffnung machen. Nur den Krieg in der Ukraine nennt er eine Krise, die die Hoffnung auf eine friedliche Zusammenarbeit der Völker erschüttert und stark an gewerkschaftlichen Grundüberzeugungen rüttelt. Die Lehre „Nie wieder Krieg“ wird durch einen Aggressor infrage gestellt.

Der flehende Appell „Die Waffen nieder!“ wird nicht mehr von allen Mitgliedern der Staatengemeinschaft geteilt. Der Krieg und die Sanktionen des Westens haben dramatische Auswirkungen auf die Wirtschaft. Und sie kommen plötzlich, nicht vorhersehbar wie der digitale Wandel oder der Klimawandel. Dagegen schaut der Historiker Rüdiger Graf eher mit sprachkritischer Distanz auf das Phänomen des Krieges. Er sieht im Krieg einen Zustand jenseits der Krise. Eine Krise werde „eher im Vorfeld eines heißen

Foto: AP Photo / Bernat Armangue



Begräbnis eines Kriegstoten in der Ukraine: „Der Krieg ist ein Zustand jenseits der Krise – ihre fatale Lösung.“

”

Das Wort Krise ist attraktiv für Politiker. Es kann eine komplexe Lage auf eine Entweder-oder-Antwort bringen.“

RÜDIGER GRAF, Historiker

Konflikte diagnostiziert. Der Krieg sei dann „ihre negative Lösung“. Wobei Lösung komisch klingt. Auch Graf rechnet damit, dass der Krieg noch weitere Krisendiagnosen humanitärer Art nach sich zieht: „Ich bin mir ziemlich sicher, dass wir bald von Hungerkrisen in Afrika reden werden.“

Die Gewerkschaften waren immer dafür da, die Menschen vor den Schockwirkungen großer Krisen zu schützen. Und schon immer nahmen sie dabei den Staat in die Pflicht. Während der Weltwirtschaftskrise argumentierten sie, wie 1932 in der Gewerkschaftszeitung „Die Arbeit“, dass die Kapitalisten versuchten, die Produktion über das gebotene Maß hinaus auszubauen, aber höhere Löhne und mehr Konsum zu verhindern. Sie forderten – gemeinsam mit den Sozialdemo-

kraten – eine Stärkung der Massenkaukraft und, noch Anfang 1933 im SPD-Blatt „Vorwärts“, eine „großzügige öffentliche Arbeitsbeschaffung“. Dass diese Arbeitsbeschaffung bald unter ganz anderen Vorzeichen Realität wurde, hatte damit zu tun, dass die Nationalsozialisten die politischen Profiteure der Krise waren.

Der Krisendiskurs der 1970er Jahre fand unter anderen Vorzeichen statt. Er war bestimmt von Publikationen wie dem Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ des Club of Rome, der eine Selbstbeschränkung des wirtschaftlichen Wachstums forderte. Im Jahr 1972 etwa lud die IG Metall in Oberhausen zu einer visionären Tagung mit dem Slogan „Aufgabe Zukunft: Qualität des Lebens“ ein, auf der Fragen nach der Um- ▶

2008: FINANZKRISE

Foto: David Shankbone



Die schwerste Verwerfung seit 1929 ist die Folge eines überhitzten Immobilienmarktes in den USA. Als Millionen Amerikaner ihre Raten für Hypothekendarlehen nicht mehr bezahlen können, löst das eine Kettenreaktion aus. Im September meldet die Großbank Lehman Brothers Insolvenz an, was weltweit Panik schürt. In etlichen Staaten kommt es zu einer Rezession und zu Entlassungen. In Deutschland, wo die Regierung einen teuren Bankenrettungsschirm auf den Weg bringt und das Kurzarbeitergeld ausweitet, steigt die Arbeitslosenquote nur moderat.

2010: EURO-SCHULDENKRISE

Die Finanzkrise ist noch nicht ganz verdaut, da trifft es die Staaten Südosteuropas, allen voran Griechenland. Sie haben sich in den Jahren zuvor hoch verschuldet – auch um die Finanzkrise abzufedern. Nun wachsen die Zweifel an der Kreditwürdigkeit Griechenlands. Geld bekommen die Griechen nur noch zu immer höheren Zinsen. Das Land kann nur mithilfe der anderen Staaten vor dem Bankrott bewahrt werden. Die EU gewährt mehr als 300 Milliarden Euro an Krediten, verordnet allerdings ein drastisches Sparprogramm, das eine tiefe soziale Krise auslöst, die Arbeitslosigkeit auf 27 Prozent ansteigen lässt und Millionen Menschen in Existenznot stürzt.



Foto: Reuters / A. Konstantinidis

► welt- und Lebensqualität diskutiert wurden. Der damalige DGB-Chef Heinz Oskar Vetter forderte: „Wir haben keine andere Wahl, wir müssen radikal brechen mit den bislang unsere Wirtschaft und Gesellschaft beherrschenden Prinzipien des privaten Gewinns und des unkritisch gesehenen Wachstums.“ Bis diese Gedanken gewerkschaftliches Allgemeingut wurden, dauerte es allerdings noch seine Zeit.

Es gibt keine einfache Lösung

Ein halbes Jahrhundert ist seit der Konferenz in Oberhausen vergangen, und die Weltbevölkerung hat sich verdoppelt. Nach Ansicht von DGB-Vordenker Fischer haben sich seit den Krisendiskursen der 1970er Jahre zwei Interpretationsmuster herausgebildet: „Die einen haben sehr stark auf den Markt gesetzt. Hier liegen die Wurzeln eines neoliberalen Globalisierungsprozesses. Die anderen haben ihren Glauben an den technischen Fortschritt und an das kapitalistische Wirtschaftsmodell aufgegeben.“ Doch beide Wege, die Marktgläubigkeit genauso wie Ideen von Postwachstumsökonomie und Deindustrialisierung, könnten die heutigen Probleme nicht lösen: „Wir sehen, wie wichtig ein Staat ist, der auch handlungs- und steuerungsfähig ist.“ Ebenso brauche es moderne Technik, die im Sinne gesellschaftlicher Modernisierung eingesetzt werden kann.

Das Wort „Krise“ stammt ursprünglich aus der Sprache der Medizin, wo es die Entscheidungsphase zwischen der Genesung als „guter Lösung“ und dem Tod als „fataler Lösung“ markierte. Wäre es da nicht ein schöner Traum, wenn alle Akteure im politischen Diskurs sich auf Abrüstung verständigten, mit weniger apokalyptischen Metaphern, mehr Dialog und Kompromiss? Aber Politik, zumal öffentliche Politik, funktioniert oft anders.

Während der Coronapandemie hat der Historiker Rüdiger Graf beobachtet, wie „die Rhetorik der Krise mit aller Macht zurückkehrte“. Aufmerksam registriert er auch, wie Klimaaktivisten von der „Klimakrise“ sprechen statt vom „Klimawandel“, um die Dringlichkeit ihrer For-

Foto: Reuters / Aly Song



Corona-Lockdown in Shanghai: „In der Pandemie kehrte die Krisenrhetorik mit aller Macht zurück.“

derungen zu betonen, und wie radikale Gruppen aller Couleur neue existenzielle Krisen ausrufen.

Graf erinnert daran, dass Krisennarrative „in den allermeisten Fällen mit politischen Intentionen formuliert worden sind.“ Die Rolle der Öffentlichkeit sieht er darin, die Krisenrhetorik der politischen Akteure zu hinterfragen und Lösungsvorschläge auf ihre Tauglichkeit hin überprüfen. Das heißt nicht, vor großen Problemen die Augen zu verschließen. Aber es heißt, nicht jedem Schreihals hinterherzulaufen. Die radikalste Lösung ist in einer Demokratie nun einmal selten die beste. ■

”

**Der Begriff Krise ist vorbelastet.
Die Nazis und die Kommunisten kämpften
damit gegen die Demokratie.“**

THOMAS FISCHER, DGB-Grundsatzabteilung

„Die Realität toppt gerade frühere Krisen“

AUTOINDUSTRIE Daniela Cavallo, die Vorsitzende des VW-Gesamt- und -Konzernbetriebsrats, über einen Konzern in der Dauerkrise, den Umbau auf Elektromobilität und das schwierige Verhältnis zu China.

Das Gespräch führten **FABIENNE MELZER** und **KAY MEINERS**

Frau Cavallo, der VW-Konzern liefert aktuell 40 Prozent weniger Fahrzeuge aus als vor einem Jahr. Ein dramatischer Einbruch! Haben die Beschäftigten Angst um den Arbeitsplatz?

Es gibt schon Ängste, weil wir von einer Krise in die nächste kommen. Die Pandemie hat viele Beschäftigte mürbe gemacht. Dann kam die Halbleiterkrise, jetzt der Krieg in der Ukraine. Alle fragen sich: Wie kommen wir da wieder heraus, und was kommt vielleicht als Nächstes? Aber neben der Angst gibt es zugleich ein hohes Vertrauen in das Unternehmen, in unsere Arbeit als Betriebsrat und in unsere Gewerkschaft. Wir haben eine Beschäftigungssicherung bis 2029. Wir meistern auch diese Krise so, dass die Beschäftigten ihre Jobs nicht verlieren.

Sie verlieren trotz Dauerkrise nicht den Optimismus?

Ich habe gedacht, so leicht kann mich nichts mehr umhauen. Aber die Realität toppt gerade frühere Krisen. Trotzdem gilt: Wir haben über die Jahre Instrumente entwickelt, um mit so et was umzugehen, und es gibt eine große Solidarität, auch zwischen den Standorten. In Wolfsburg haben wir gerade einen Personalüberhang, anderswo zu wenig Personal. Wir bieten Beschäftigten an, freiwillig dorthin zu gehen, wo Leute fehlen.

Wie gehen Sie persönlich mit der Situation um?

Ich habe 1994 als Auszubildende bei VW angefangen. Schon damals wurde die Arbeitszeit reduziert, um Entlassungen zu verhindern. 2015 kam Dieselgate, auch das war schlimm für uns. Aber jetzt kommt es ziemlich dicke. Die Krise dauert schon lange, und das gerade zu einer Zeit, in der VW die Weichen stellen muss, um die große Transformation zur E-Mobilität zu stemmen. Parallel die Krise zu meistern und sich Gedanken zu machen, wie wir in die Zukunft gehen, das ist sehr anstrengend. Es kommt viel zusammen.

Die Abhängigkeit von bestimmten Zulieferern hat sich als fatal erwiesen, jetzt, wo die Lieferketten gestört sind. Denkt VW da um?

Wir werden weiter global einkaufen. Aber es geht darum, sich weniger abhängig zu machen, Risiken zu verringern. Wir erwarten, dass die Einkaufsstrategie sich verändert und dass nicht nur auf die Kosten gesehen wird, sondern auch auf die geopolitischen Risiken. Dafür setzen wir uns auch im Aufsichtsrat ein. Nicht nur die Abhängigkeit von einem Lieferanten kann zum Problem werden, auch die Abhängigkeit von einer Region, wie wir jetzt sehen. Das gilt für die Kabelbäume aus der Ukraine oder auch für die Halbleiter aus Asien.





Welche Maßnahmen werden jetzt ergriffen?

Im Fall der Ukraine geht es darum, Lieferanten zu finden, die Ausfälle kompensieren, aber zugleich die Solidarität mit den ukrainischen Lieferanten sicherzustellen. Bei den Halbleitern, die wir lange als leicht verfügbares Schüttgut angesehen haben, brauchen wir langfristige Verträge und direkte Partnerschaften mit den Herstellern. Halbleiter und Software werden immer wichtiger, wenn man eine hohe Fertigungstiefe erreichen will. Da geht es nicht nur um die Frage, wo kaufen wir das ein, sondern wie designen wir Chips und Halbleiter, dass wir damit auch Partnerschaften mit Lieferanten eingehen. Unser Center of Excellence in Salzgitter macht das bereits bei Batteriezellen und bündelt unser Know-how. Dort folgt nun die Gigafabrik für unsere eigenen Zellen.

Kaum ein Produkt steht derzeit so im gesellschaftlichen Fokus wie das Auto. Wie wird das bei den Beschäftigten diskutiert?

Es gibt viele Sorgen. Ist der Weg in die Elektromobilität der richtige? Gelingt es uns dauerhaft, die Arbeitsplätze zu sichern? Welchen Stellenwert hat individuelle Mobilität künftig? Diese Fragen stellen uns viele, gerade an den Standorten, die stark am Verbrenner hängen. Nehmen wir die Motorenfertigung in Salzgitter, Chemnitz oder im polnischen Polkowice. Wie können wir die Menschen mitnehmen, die wir haben, sie qualifizieren, statt zu sagen: Wir brauchen euch nicht mehr. Dabei geht es nicht nur um die Beschäftigten in der Produktion. Auch wer als Akademiker oder Akademikerin in der technischen Entwicklung arbeitet, muss sich verändern. ►



Die Transformation ist längst Realität und nicht mehr nur eine Vision.“

DIE STRATEGIN

Daniela Cavallo, die Tochter eines italienischen VW-Arbeiters, hat ihre gesamte Karriere bei VW verbracht. Sie begann 1994 nach dem Abitur eine Ausbildung als Bürokauffrau und wurde 2002 in den Betriebsrat der VW-Tochter „Auto 5000“ gewählt. Sie wurde 2019 Stellvertreterin ihres Vorgängers Bernd Osterloh und übernahm 2021 dessen Amt. Bei den Wahlen 2022 wurde sie bestätigt. Dabei musste sie sich mit sieben weiteren Wahllisten auseinandersetzen. Cavallos Vorgänger Osterloh hat einmal über sie gesagt: „Sie ist führungsstark, empathisch und so strategisch denkend, dass sich viele wundern werden.“

► Die Transformation ist längst Realität und nicht mehr nur eine Vision.

Welche Steine mussten da aus dem Weg geräumt werden?

Um beim Beispiel Salzgitter zu bleiben: Hier entsteht eine der sechs Batteriezellfabriken, die in Europa gebaut werden. Es war nicht selbstverständlich, dass VW eine eigene Batteriezellproduktion aufbaut. Wir als Betriebsrat haben das schon 2010 erstmals gefordert und mussten das Management erst mühsam überzeugen, uns hier nicht von Lieferanten abhängig zu machen. Unser Job ist es, dafür zu sorgen, dass an allen Standorten investiert wird. Wir prüfen immer genau, was VW selbst machen kann, bevor es herausgegeben wird.

Mischt sich der Betriebsrat auch in die Modellpolitik ein?

Bei strategischen Fragen sicherlich. Wir haben uns massiv für kleinere Elektrofahrzeuge als Einstiegsmodelle eingesetzt. Volkswagen muss auch weiterhin für Massenmobilität stehen. Seat hat im Konzern den Hut auf bei der Entwicklung von Einstiegermodellen, die ab Mitte des Jahrzehnts kommen. Sie sollen ähnlich viel kosten wie heutzutage ein VW Polo, der bei rund 20.000 Euro startet. Ich persönlich habe mich dafür eingesetzt, dass der etwas teurere ID.3 auch in Wolfsburg gefertigt wird, nicht nur die elektrische Limousine Trinity, die hier ab 2026 gebaut werden soll. Wir haben das im Aufsichtsrat gegen anfängliche Widerstände durchgesetzt.

Aktuell konzentriert sich VW auf PS- und margenstarke Fahrzeuge. Das Konzernergebnis von 15 Milliarden Euro ist bei den niedrigen Stückzahlen anders nicht zu erklären.

Das ist eine große Diskussion auf Arbeitnehmerseite im Aufsichtsrat. Wegen der Halbleiterkrise wurden tatsächlich die margenstarken Fahrzeuge bevorzugt, um ein gutes Konzernergebnis zu erzielen. Das können wir ein Stück weit nachvollziehen. Aber den Beschäftigten ist das nicht einfach zu vermitteln. An den Markenergebnissen hängen auch die Ergebnisbeteiligungen und Boni der Beschäftigten. Kolleginnen und Kollegen der Kernmarke VW mit den kleineren Fahrzeugen müssen öfter in Kurzarbeit gehen als andere. Da haben wir uns für einen ergebnisunabhängigen Zuschlag eingesetzt, was sehr gut in der Belegschaft angekommen ist.

Die Autokonzerne sind dafür kritisiert worden, dass sie Dividenden ausschütten, gleichzeitig aber Kurzarbeitergeld beantragen. Saniert sich VW über die Sozialkassen?

Ich verstehe, dass das auf den ersten Blick schlecht zusammenpasst. Trotzdem ist die Kritik oberflächlich und in der Sache nicht gerechtfertigt. Kurzarbeitergeld ist kein Steuergeld; es kommt aus der Arbeitslosenversicherung, in die Beschäftigte und Arbeitgeber über Jahrzehnte eingezahlt haben. Problematischer war das Gerechtigkeitsproblem im Konzern. Wir wurden gefragt, warum die einen Kurzarbeit machen und die anderen in Vollzeit arbeiten dürfen. Daher haben wir eine Aufzählung vereinbart. Statt den gesetzlichen rund zwei Dritteln vom Nettoentgelt gibt es bei uns 100 Prozent. Wir versuchen, vieles mit betrieblichen Regeln abzufedern.

VW ist abhängig von China, und einer der größten Anteilseigner ist Katar, eine absolute Monarchie. Wie gehen Sie damit um, dass Sie auf Menschen treffen, für die Demokratie und Mitbestimmung nicht selbstverständlich sind?

Wir sind uns sehr bewusst, dass das Unternehmen in vielen Ländern produziert, in denen es keine Demokratie gibt. Aber es wäre aus unserer Sicht keine Option, sich zurückzuziehen. Wir wollen mit unserem Wertekompass erreichen, dass die Menschen dort so vernünftig behandelt werden, wie wir das hier kennen. Volkswagen hat in Süd-

afrika schon während des Apartheid-Regimes investiert und ist hart kritisiert worden. Aber der Betriebsrat stand dahinter und unterstützte die Gewerkschaften. Irgendwann war das Regime überwunden, und viele Menschen dort sind uns heute noch dankbar, dass wir uns nicht abgewendet haben.

Wie sieht das Engagement für die VW-Beschäftigten in China aus?

Unabhängige Gewerkschaften sind in China verboten. Was wir aber tun: Wir laden chinesische Kolleginnen und Kollegen als Gäste zu bestimmten Runden ein. Wir haben einen Koordinations- und Verbindungsausschuss gegründet, in dem wir uns austauschen. Wir halten den Dialog für wichtig, und das ist ein Weg, der den Belegschaften zugutekommt. Über die Jahre bekommt das eine andere Qualität als manche hochoffiziellen Delegationen. Wir erreichen dort viel, aber es braucht Zeit.

China ist auch ökonomisch eine Herausforderung. Sehen Sie im Konzern eine Gefahr für die Beschäftigung in Deutschland oder für die Tarifverträge?

Der Druck auf die Tarifverträge ist da. Immer wieder gibt es die Debatte, ob im Konzern auch aus China nach Europa geliefert werden soll, oder unsere Arbeitskosten werden mit denen in Mittel- und Osteuropa verglichen. Es ist auch bei VW nicht selbstverständlich, dass neue Werke unter den Haustarif fallen. Das Management ist da mitunter sehr kreativ. Wir sind sehr froh, dass es uns gelungen ist, für die Softwaretochter Cariad einen eigenen IG-Metall-Haustarif durchzusetzen. Das war keine Selbstverständlichkeit. Auch in der Batteriezellfabrik in Salzgitter wird unser VW-Haustarif gelten. Unseren Haustarif müssen wir jedes Mal neu verhandeln. Das ist kein Selbstläufer. Aber es gelingt uns immer wieder, jetzt auch für unsere mehr als 12.000 Kolleginnen und Kollegen bei Volkswagen Sachsen. Sie kommen bis 2027 über einen Stufenplan zur VW AG und werden damit Teil unseres Haustarifs.

Im letzten Herbst gab es eine öffentlich ausgetragene Auseinandersetzung zwischen Ihnen und dem Vorstandsvorsitzenden Herbert Diess. Wie wurde der Konflikt beigelegt?

Indem wir die Diskussion wieder ein Stück versachlicht haben. Weder die Belegschaften noch die Öffentlichkeit wollen, dass so ein Konflikt ewig wabert. Als es in der Presse die Runde machte, dass Herr Diess 30.000 VW-Arbeitsplätze zur Disposition stellt, haben wir ein Machtwort gesprochen. Und darauf gepocht, die Krisen und die Transformation mit den Verhandlungen zu meistern, die wir schon getroffen haben. Da haben wir uns durchgesetzt, und das war der ausschlaggebende Punkt. Wir wollen den Wandel. Und wenn irgendwo Arbeitsplätze wegfallen, können wir die Augen davor nicht verschließen. Aber auf keinen Fall in dieser Höhe und nicht durch Spekulationen getrieben. Denn an anderer Stelle entstehen ja neue Arbeitsplätze. Wir kämpfen dafür, dass sie auch in den Regionen entstehen.

Wann kommt der elektrische Käfer?

Den gibt es schon. Klassik-Fans können über Volkswagen ein E-Kit erwerben, mit dem sich ein alter Käfer auf Elektroantrieb umrüsten lässt. Das ist allerdings nicht ganz billig. Für das Geld bekommt man auch locker einen neuen ID.3 und hat dann deutlich mehr Komfort. ■

Mit Konzernchef Herbert Diess trug der Betriebsrat kürzlich einen öffentlichen Konflikt aus.

Foto: picture alliance / dpa / dpa-Zentralbild



„Es ging mal nicht um Gewinn, es ging darum, gut da durchzukommen.“

Jan Gündel, Altenpfleger aus Neustadt in Sachsen

Corona hat Jan Gündel die Augen geöffnet. Die Augen geöffnet für manche Dinge im Pflegealltag, über die er vorher hinweggeschaut hat. Mit Anfang 40 schulte Gündel zum Altenpfleger um – aus Überzeugung. Er sah darüber hinweg, dass die Bewohner beim Essen oft keinen Nachschlag bekamen, dass alle morgens um 8.30 Uhr gewaschen und angezogen sein mussten. Selbst als die Kasse die Zahl der Windeln pro Tag begrenzte, versuchte er, so gut wie möglich die Menschen in seiner Einrichtung zu versorgen. Einige kannte er seit seiner Kindheit.

Dann kam die Pandemie. Viele Pflegekräfte infizierten sich, viele Bewohner starben. „In der ersten Welle hat die Geschäftsführung noch gut reagiert“, erzählt der 50-Jährige. „Es ging mal nicht um Gewinn, es ging darum, gut da durchzukommen.“ Doch in der zweiten Welle ließ das nach. Pflegekräfte schoben Doppelschichten. Die Schutzkleidung erschwerte die Arbeit. Kein Drücken, kein Handhalten, kaum ein Gespräch mit den Bewohnern war mehr möglich. Gleichzeitig sollte alles angesichts der Infektionsgefahr perfekt laufen. „Aber dafür stimmten die Bedingungen schon vor Corona nicht“, sagt Gündel.

Die Pandemie war nur der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Gündel kündigte. Er konnte die Arbeit nicht mehr mit seinem Gewissen vereinbaren: „Wenn eine Pflegefachkraft teilweise für 50 Bewohner auf vier Etagen zuständig ist, ist das eine Katastrophe. In Sachsen gibt es keinen festen Personalschlüssel, und die Berechnung allein nach den Pflegegraden ist würdelos gegenüber den älteren Menschen.“ Hier müsse die Politik einen bundesweit einheitlichen und menschenwürdigen Pflegeschlüssel einführen. Aber Pflegekräfte müssten sich auch stärker gewerkschaftlich organisieren.

„Diese Krise hat die Menschen doppelt so schnell altern lassen“, sagt Gündel. Er spürt es selbst. Früher hat er seinen Garten an einem Nachmittag in Ordnung gebracht. Heute ist er schon nach kurzer Zeit müde. „Und ich hatte kein Corona“, sagt Gündel.

Jeder erlebt es anders

AUS DEM LEBEN Nach zwei Jahren Pandemie hatten die Menschen kaum aufgeatmet, da verschlug der Krieg in der Ukraine ihnen erneut den Atem. Sechs Frauen und Männer erzählen, wie die Krisen ihr Leben geändert haben.

Von Fabienne Melzer



Kübra und Spiro Dinas, Qualitätsprüferin und Vorarbeiter im Motorenwerk bei Ford in Köln

Sorgen machen sich Kübra und Spiro Dinas nicht. Es ist eher diese Ungewissheit, die über allen schwebt, die das junge Paar bedrückt. „Wir arbeiten beide bei Ford im Motorenwerk, und es ist ganz klar, dass wir

dort demnächst nicht mehr gebraucht werden“, sagt Spiro Dinas, Vorarbeiter in der Produktion. Die beiden vertrauen auf die Zusage, dass jeder von ihnen auch in Zukunft bei Ford arbeiten wird. Doch was heißt das, fragt sich Spiro Dinas: „Arbeite ich weiter als Vorarbeiter, oder muss ich zurück ans Band? Wie wird die Arbeit sein, die ich dann habe?“ Der Vertrauensmann der IG Metall hört diese Fragen auch von Kollegen, die sich mit ihren Befürchtungen an ihn wenden. „Die Stimmung hat sich verändert“, sagt Spiro Dinas. „Viele suchen sich etwas anderes und verlassen Ford.“

Finanzielle Sorgen plagen die beiden nicht, auch wenn sie schon wieder seit drei Wochen in Kurzarbeit sind. Zwar spüren sie die steigenden Preise in der Haushaltskasse, aber mit kleineren Einschränkungen können sie leben. „Früher sind wir mindestens einmal in der Woche essen gegangen“, erzählt Kübra Dinas, „das machen wir inzwischen viel seltener.“ Freunde laden sie öfter nach Hause ein. Beim Einkauf schaut Kübra mehr auf Angebote.

Foto: Stephen Petrat

„Wir werden auch mit den Menschen in Russland wieder zusammenarbeiten.“



Mareike Kühne, Studentin aus Göttingen

Als Mareike Kühne die Nachricht über das Entlastungspaket der Bundesregierung las, stieg die Wut langsam in ihr hoch. Sie dachte: „Ok, Studierende gehören also nicht zu den einkommensschwachen Haushalten.“ Doch ihr Ärger flaute schnell wieder ab: „Was soll's? Ich muss mein Studium auf die Reihe kriegen.“ So konnte sie sich selbst nicht. Vor zwei Jahren hätte die 26-jährige Lehramtsstudentin gemeinsam mit anderen etwas dazu geschrieben, Protest organisiert.

Zwei Jahre Pandemie haben an ihren Kräften gezehrt. Sie fand Onlinevorlesungen anstrengend, schaltete schneller ab als im Hörsaal. Suchte die Schuld bei sich selbst. Ihr Studium hat sich verzögert, auch die Arbeit in den Hochschulgruppen litt. „Vielen fehlte die Kraft, sich auch noch dafür in eine Videokonferenz zu setzen“, sagt Mareike Kühne. „In dieser Zeit lief in der Studierendenvertretung weniger als vor der Pandemie.“

Zwar kehrte an den Hochschulen inzwischen der Alltag zurück, doch die Strukturen müssen sich erst wieder aufbauen – vorausgesetzt, die Aktiven sind noch da. Eine Gruppe, in der Mareike Kühne mit anderen bei Konzerten Pfand gesammelt hatte, gibt es nicht mehr. Andererseits spürt sie auch, wie groß das Bedürfnis ist, wieder unter Menschen zu sein. Als eine ihrer Gruppen zum ersten Mal wieder zum interkulturellen Kochen einlud, hatten sich mehr angemeldet als kommen konnten. „Das gab es noch nie“, sagt die Studentin.

„Vielen fehlte die Kraft für noch eine Videositzung.“





Thomas Mendrzik, Aufsichtsrat bei der Hamburger Hafenlogistik (HHLA)

Es herrscht Krieg auf den Plätzen, an denen Thomas Mendrzik vor ein paar Monaten noch saß. „Plötzlich liegt da alles in Schutt und Asche. Was für ein Wahnsinn!“ Der 62-Jährige ist Arbeitnehmersprecher im Aufsichtsrat des Hamburger Hafenlogistikers HHLA, der im Hafen von Odessa den größten Containerterminal betreibt. Mendrzik besuchte die Ukraine oft, zuletzt im vergangenen Oktober.

Und nun: Krieg. Der Containerterminal geschlossen. Der Hafen vermint. Den wirtschaftlichen Schaden für die HHLA hält Mendrzik für überschaubar. Die viel wichtigere Frage lautet für ihn: Wann hört dieser Krieg auf? Wann hört das Sterben auf beiden Seiten auf? Rund 450 Menschen beschäftigte der Logistiker im Hafen von Odessa. „Mit dem Vorstand hat unser Arbeitsdirektor die Angehörigen unserer ukrainischen Kollegen in Deutschland und Rumänien in Sicherheit gebracht“, erzählt der Aufsichtsrat. Vier von ihnen hat Mendrzik selbst aufgenommen.

Der Krieg hat nicht nur Plätze zerstört, er hat auch Handelsbrücken abgerissen. „Ein Großteil der Waren der in Odessa umgeschlagenen Container versorgte den Großraum Kiew und ging auch nach Russland. Auf den Schiffen unserer Reeder arbeiteten Russen und Ukrainer. Wenn sie ausfallen, bricht der Welthandel zusammen“, sagt der Gewerkschafter.

Dabei stapeln sich im Hamburger Hafen schon seit Monaten die Container. „Ein Containerhafen ist ein Umschlagplatz“, sagt Mendrzik, „doch inzwischen sieht es eher nach einem Parkplatz aus.“ Die Ursache dafür sieht er nicht nur in den Krisen, sondern auch in der Politik der Europäischen Kommission, die den Wettbewerb auf hoher See aufgehoben hat. „Die großen Reedereien nehmen keine Rücksicht auf Lieferketten“, sagt Mendrzik, „sie nehmen zuerst die Waren, die am meisten Geld bringen.“

Dennoch will er die Globalisierung nicht zurückdrehen: „Das wäre egoistisch. Sie hat vielen Entwicklung und Wohlstand gebracht.“ Um die nächste Krise besser zu überstehen, brauche es eine koordinierte europäische Verkehrs- und Sozialpolitik. Denn Häfen und Handel wird es immer geben. „Wir werden auch wieder mit den Menschen in Russland zusammenarbeiten“, sagt Mendrzik, „wenn dieser Krieg hoffentlich bald vorbei ist.“

Foto: Karsten Schöne



Yvonne Siegel, derzeit auf Arbeitssuche

Spargel ist ein Luxusgut, das Yvonne Siegel nie kaufen würde. Es war ein Fest, als es neulich drei Pfund davon bei der Tafel für kleines Geld gab. Zweimal im Monat geht sie dorthin, versorgt sich mit Obst, Gemüse, Molkereiprodukten und Brot, „richtig gutem Bäckereibrot“, auch Käse und Wurst. Der ganze Einkauf kostet hier nur 1,50 Euro. Seit auch viele Ukrainer zur Tafel kommen, ist der Andrang groß. Man braucht eine niedrige Losnummer, damit das Sortiment nicht schon eingeschränkt ist. „Wenn ich die Nachrichten sehe, Krieg und Inflation, habe ich Angst“, sagt Yvonne Siegel. „Ich weiß nicht, wo das alles hinführt.“ Sieben Jahre hat sie in einer Wäscherei gearbeitet. Als wegen Corona die Hotels schließen mussten, gab es erst Kurzarbeit, dann war der Job weg. Mittlerweile ist das ALG I ausgelaufen. „Die Tafel hilft mir sehr, klarzukommen“, sagt sie. Auch sonst spart sie, wo es geht: „Duschen statt Badewanne“ ist für sie Normalität. Sie versucht immer, Rücklagen zu haben – damit Geld da ist, falls das Telefon kaputtgeht, oder eine spontane Reise nach Warnemünde möglich ist. Die fünf Euro monatlich, die die Verdi-Mitgliedschaft kostet, stehen für sie nicht zur Diskussion, weil ihr die Gewerkschaft schon mehrmals sehr geholfen hat. In eine Wäscherei will Yvonne Siegel nicht mehr, aber sie hat einen Traum: „Hauswirtschafterin in einem Kindergarten, das würde mir einen Riesenspaß machen. Der Lehrgang dafür ist schon geplant.“

„Wenn ich die Nachrichten sehe, habe ich Angst.“

Das wird teuer

WIRTSCHAFT Die Preise steigen wie seit Jahrzehnten nicht. Die Inflation ist so hoch wie zuletzt 1981. Ein Balanceakt für die Sozial- und Tarifpolitik.

Von Stefan Scheytt

Es passiert nicht oft, dass ein FDP-Politiker Gewerkschaften lobt. Gewerkschaften seien in Zeiten wachsender Inflation ein Standvorteil, erklärte Finanzminister Christian Lindner in einer Talkshow – und nannte namentlich die IG BCE und deren unorthodoxe, aber „verantwortungsbewusste“ Antwort auf die steigenden Preise: Mit den Arbeitgebern der chemischen Industrie handelte die Gewerkschaft Anfang April eine einmalige Brückenzahlung von 1400 Euro aus. Das entspricht einem Plus von 5,3 Prozent. Die Einigung hat für eine Atempause gesorgt – bei der nächsten Verhandlungsrunde im Herbst steht dann, bei hoffentlich klareren Verhältnissen, eine tabellenwirksame Erhöhung der Entgelte an. Das ungewöhnliche Verfahren begründete IG-BCE-Chef Michael Vassiliadis so: „Ein solches Umfeld für eine Tarifrunde hatten wir noch nie.“

„Nie“ ist zwar falsch – aber tatsächlich muss man Jahrzehnte zurückgehen, um Parallelen zu finden. Im Mai lagen die Preise knapp 8 Prozent über denen des Vorjahres. So hoch war die Inflation zuletzt im Jahr 1981. Die Unsicherheit ist groß. Von einer kurzen technischen Rezession von zwei Quartalen bis hin zu einer Dauerkrise erscheint gerade vieles möglich. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung beobachtet die Entwicklung genau. Seinen „Inflationsmonitor“, den es schon während der Banken- und Finanzkrise gab, hat das Institut wiederbelebt. Der Mehrwert besteht vor allem darin, dass er für Haushalte unterschiedlicher Größen und Einkommen spezifische Inflationsraten ermittelt. Während Alleinlebende mit einem Nettoeinkommen von mehr als 5000 Euro im April einen

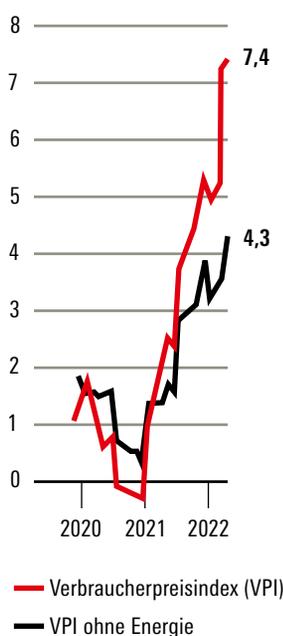
Kaufkraftverlust von 6,2 Prozent verschmerzen mussten, traf es eine vierköpfige Familie mit einem Einkommen zwischen 2000 und 2600 Euro mit acht Prozent.

Die Regierung setzt auf Entlastung

Noch ausgeprägter ist der Unterschied, wenn man nur die Teuerung von Nahrungsmitteln, Haushaltsenergie und Kraftstoffen betrachtet. „Es ist falsch, zu denken, dass die höheren Benzinspreise den SUV-Fahrer am stärksten treffen“, sagt Silke Tober, IMK-Expertin für Geldpolitik, die zusammen mit Institutsdirektor Sebastian Dulien den IMK-Inflationsmonitor erstellt. „Vielmehr sind es einkommensschwache Eltern, die das Auto für den Weg zur Arbeit brauchen, die ihre Kinder zur Schule und zu Terminen fahren und die höhere Benzinspreise nicht durch Verzicht an anderer Stelle kompensieren können.“

Die Ampelkoalition hat zwei Entlastungspakete mit einem Volumen von rund 30 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Zu den Maßnahmen gehören eine Energiepreispauschale, höhere Steuerfreibeträge und die zeitweise Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe. Tober hält diese Stützmaßnahmen für sozial relativ ausgewogen. „Haushalte mit geringen Einkommen werden im Verhältnis deutlich stärker entlastet“, urteilt sie. So kann eine vierköpfige Familie mit zwei Erwerbstätigen und niedrigem Einkommen im Jahr 2022 mit einer Entlastung von 1006 Euro rechnen, während sich ihre Belastungen von Januar bis April auf knapp 400 Euro summierten. „Menschen im Ruhestand blieben bei den Paketen allerdings weitgehend außen vor, da muss nachgebessert werden“, sagt Tober. Ein Effekt der Entlastungspakete, mutmaßt die Wissenschaftle-

Rasant steigende Preise



Quelle: Statistisches Bundesamt

rin, könnte darin bestehen, dass die Gewerkschaften bei Tarifverhandlungen etwas moderater agieren, weil ein Teil der Belastungen bereits durch die Regierung kompensiert wird. So könnten Gewerkschaften im Verbund mit der Politik dazu beitragen, dass sich die Inflation nicht verfestigt. Als ein Puzzleteil dazu kann man die Brückenzahlung in der Chemieindustrie ansehen. Ähnlich interpretieren lässt sich das Vorgehen der IG BAU. Sie schloss im Herbst 2021, als die Inflationserwartungen noch gemäßigt waren und kein Krieg tobte, im Bauhauptgewerbe einen Tarifvertrag bis 2024 ab. Jetzt, aus aktuellem Anlass, bestehende Verträge zu kündigen, um für höhere Löhne zu kämpfen, sei kein Thema, sagt der Bundesvorsitzende Robert Feiger: „Wir halten uns an Verträge, schöpfen jedoch alle weiteren tarifpolitischen Möglichkeiten aus.“

lisiert, geben aber auch klar zu erkennen, dass sie nicht mehr zur Lohnzurückhaltung bereit sind. Der Verdi-Vorsitzende Frank Werneke will in den kommenden Tarifverhandlungen mindestens einen Inflationsausgleich fordern: „Dauerhaft steigende Preise müssen durch dauerhaft wirkende Lohnsteigerungen vollumfänglich ausgeglichen werden“, erklärte er – und wies dabei auf die stark steigenden Lebensmittelpreise hin. Und auch der IG-Metall-Vorsitzende Jörg Hofmann verkündet, es sei wieder „mit der Gewerkschaft zu rechnen“. Viele Unternehmen würden trotz Unsicherheiten satte Gewinne einfahren. Das müsse und werde sich in den Abschlüssen in diesem Jahr widerspiegeln. Die Warnung vor einer Lohn-Preis-Spirale, die die Inflation weiter befeuern könnte, nennt Hofmann ein „Schreckgespenst von interessierter Seite: Was wir erleben,



Dauerhaft steigende Preise müssen durch dauerhaft wirkende Lohnsteigerungen vollumfänglich ausgeglichen werden.“

FRANK WERNEKE, VERDI-VORSITZENDER

Zum Beispiel, indem die IG BAU im Gebäuderemonteur-Handwerk vorzeitig über den Branchenmindestlohn verhandelte, um den alten Abstand zum gesetzlichen Mindestlohn wiederherzustellen. Der Einstiegsverdienst steigt ab Oktober 2022 auf 13 Euro, ab Januar 2024 auf 13,50 Euro.

Die Löhne sollen kräftig steigen

Die Inflationsraten haben Bundeskanzler Scholz bewogen, eine „konzertierte Aktion“ anzukündigen. Mit den Sozialpartnern will er nach der Sommerpause das Problem diskutieren. Die Gewerkschaften haben Gesprächsbereitschaft signa-

liert, geben aber auch klar zu erkennen, dass sie nicht mehr zur Lohnzurückhaltung bereit sind. Der Verdi-Vorsitzende Frank Werneke will in den kommenden Tarifverhandlungen mindestens einen Inflationsausgleich fordern: „Dauerhaft steigende Preise müssen durch dauerhaft wirkende Lohnsteigerungen vollumfänglich ausgeglichen werden“, erklärte er – und wies dabei auf die stark steigenden Lebensmittelpreise hin. Und auch der IG-Metall-Vorsitzende Jörg Hofmann verkündet, es sei wieder „mit der Gewerkschaft zu rechnen“. Viele Unternehmen würden trotz Unsicherheiten satte Gewinne einfahren. Das müsse und werde sich in den Abschlüssen in diesem Jahr widerspiegeln. Die Warnung vor einer Lohn-Preis-Spirale, die die Inflation weiter befeuern könnte, nennt Hofmann ein „Schreckgespenst von interessierter Seite: Was wir erleben,

Haushaltsspezifische Inflationsraten

Paar, 2 Kinder 2000–2600 €*	8,0
Paar, 2 Kinder 3600–5000 €	7,5
Alleinlebende < 900 €	6,9
Alleinlebende < 5000 €	6,2

Inflationsrate in %

*monatliches Nettoeinkommen

Quellen: Statistisches Bundesamt

Inflation hat zur Folge, dass Preise für Güter und Dienstleistungen schneller steigen als Löhne und Gehälter, wodurch die Kaufkraft schwindet. Ursache kann die Verknappung von Waren sein, etwa weil Lieferketten unterbrochen werden oder Rohstoffe fehlen. Die Preise können auch steigen, wenn die Nachfrage so stark ist, dass die bereits ausgelasteten Unternehmen ihre Kapazitäten nicht weiter erhöhen können. Die meisten entwickelten Volkswirtschaften streben eine Inflationsrate von zwei Prozent an, nicht von null Prozent. Als Grund dafür nennt die Europäische Zentralbank (EZB) unter anderem, dass ein Inflationsziel von zwei Prozent eine Sicherheitsmarge gegenüber potenziellen Deflationsrisiken bietet: Durch die Einrechnung eines Puffers müsse sie seltener auf andere Maßnahmen als die Änderung der Leitzinsen zurückgreifen.

Die Krise als Nagelprobe

BETRIEBSRATSGRÜNDUNG Belegschaften gründen Betriebsräte meist, wenn es in der Firma ordentlich rumort. Der Sprung ins kalte Wasser macht sie stark für die Zeit danach.

Von **Andreas Schulte** – Illustration **Norbert Fuckerer**

Gehackte Konten, ein Rüffel der Finanzaufsicht und eine Belegschaft, die über Überstunden und schlechte Bezahlung klagt: Die Smartphonebank N26 befindet sich im Corona-Sommer 2020 in der Krise. Und dann das: Eine Gruppe von Beschäftigten will einen Betriebsrat gründen. Firmengründer Valentin Stalf ist außer sich. „Ein Betriebsrat steht gegen fast alle Werte, an die wir bei N26 glauben“, wettert er in einer Mail. Er will die Bildung des Gremiums verhindern und versucht sogar per einstweiliger Verfügung, die Versammlung zur Bestimmung des Wahlvorstands zu unterbinden. „Wer sich für Mitbestimmung engagierte, lebte damals in Angst vor Repressionen“, erzählt Sally, eine N26-Mitarbeiterin, die ihren wirklichen Namen nicht nennen will.

Mithilfe von Verdi und IG Metall gründet sich der Betriebsrat im November 2020. „Wir wussten immer, dass das Gesetz auf unserer Seite ist, deshalb haben wir nicht lockergelassen“, sagt Sally.

Ob bei Banken, Metallbetrieben oder im Handel: Die Betriebsratsgründung aus einer Krise heraus ist typisch. Fast zwei Drittel der Initiativen starten in einer solchen Phase. Das belegt eine von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie der Universität Erlangen-Nürnberg aus dem Jahr 2016. 35 der 54 untersuchten Unternehmen befanden sich zum Zeitpunkt der Betriebsratsgründung in einer mehrjährigen Krise. „Die Beschäftigten reagierten mit der Betriebsratsgründung auf ein langfristiges Leiden“, sagt Studienleiterin Ingrid Artus. Beim Rest gab ein plötzliches Ereignis den Anstoß, zum Beispiel ein bevorstehender Verkauf.

Aus Sicht der Soziologin bringt die Ausgangssituation, ein Konflikt, einen Vorteil. „Betriebs-

räte nehmen ein gutes Stück mentales Rüstzeug für die anschließende Amtszeit mit.“ So hat es auch Sally erlebt: „Der steinige Weg zur Wahl hat uns als Gremium gefestigt und für die ruhigeren Zeiten danach stark gemacht.“

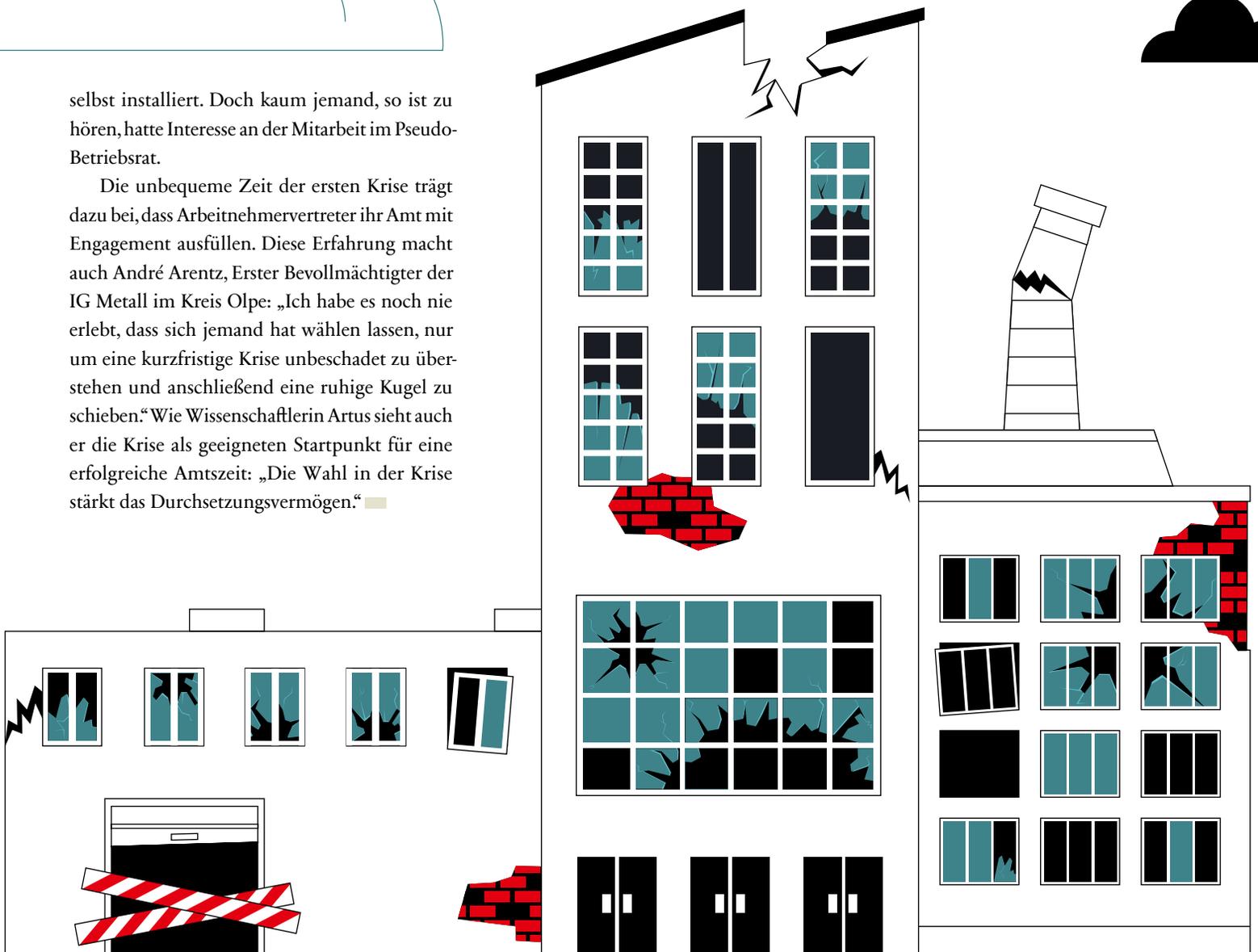
Wichtig für die Kandidaten, die sich dem enormen Druck stellen, ist ein Team, das Rückhalt bietet. Das erlebt Peter König, Verdi-Sekretär im Bezirk Würzburg-Aschaffenburg, immer wieder. „Für Einzelkämpfer ist die Last zu groß“, sagt er. Im Handel hat er rund 100 Betriebsratsgründungen begleitet. Eine starke Rückendeckung aus der Belegschaft erhalte in dieser Branche nur, „wer sich klar gegen den Arbeitgeber positioniert“. Allein schon deshalb hält er die Unterstützung durch eine Gewerkschaft für unerlässlich. Sonst drohe die Wahl zu scheitern, noch bevor sie begonnen hat. „Leiten Arbeitnehmer die Wahl ein, riskieren sie eine Kündigung“, sagt er. Gewerkschaften sind in vielen Fällen berechtigt, die Wahl einzuleiten, und nehmen so die Beschäftigten aus der Schusslinie.

Bei N26 sprangen im Sommer 2020 die IG Metall und Verdi als Veranstalter der Wahlversammlung zur Bestimmung des Wahlvorstands ein. Dadurch lief die einstweilige Verfügung der Bank, die sich gegen die ursprüngliche Versammlung gerichtet hatte, ins Leere. „Ohne die Gewerkschaften hätten wir es nicht geschafft“, ist Betriebsrätin Sally überzeugt.

Heute habe die Unternehmensführung „ein entspannteres Verhältnis zur Mitbestimmung als vor zwei Jahren“. Mittlerweile ist der Betriebsrat das einzige Mitbestimmungsorgan bei N26. Ende April dieses Jahres löste die Berliner Bank ihr „Employee Representation Board“ wieder auf. Dieses arbeitgebernahe Gremium hatte sie im Sommer 2020 als alternative Arbeitnehmervertretung

selbst installiert. Doch kaum jemand, so ist zu hören, hatte Interesse an der Mitarbeit im Pseudo-Betriebsrat.

Die unbequeme Zeit der ersten Krise trägt dazu bei, dass Arbeitnehmervertreter ihr Amt mit Engagement ausfüllen. Diese Erfahrung macht auch André Arentz, Erster Bevollmächtigter der IG Metall im Kreis Olpe: „Ich habe es noch nie erlebt, dass sich jemand hat wählen lassen, nur um eine kurzfristige Krise unbeschadet zu überstehen und anschließend eine ruhige Kugel zu schieben.“ Wie Wissenschaftlerin Artus sieht auch er die Krise als geeigneten Startpunkt für eine erfolgreiche Amtszeit: „Die Wahl in der Krise stärkt das Durchsetzungsvermögen.“ ■





Nach der letzten Schicht

REGIONEN Die wirtschaftlich schwer gebeutelte Lausitz könnte Modellregion für die Zeit nach dem Ausstieg aus der Kohle werden. Das DGB-Projekt „Revierwende“ hilft dabei.

Von **Andreas Molitor**

Das Werk atmet schwerer als sonst. Dick und schwarz quillt der Rauch aus dem Schlot, als wollte die alte Fabrik es allen noch mal zeigen. Sie schwitzt, Wasserdampf zischt aus Rohren und Ventilen, und hinten, ganz hinten durch, jagt die letzte Brikettpresse ihren dumpfen Rhythmus durch die riesige Halle. Der Pulsschlag der Fabrik ist aus Kohle, und noch ist Kohle da, noch keucht die Dampfmaschine, surrt der Antriebsriemen, stößt der Pressstempel vor und zurück.

Plötzlich ein gellendes Pfeifen von draußen. Der Pulsschlag beginnt zu flattern. Ein Arbeiter schlägt mit dem Hammer einen Rest Kohle aus dem Trichter in die Presse. „Nu is’ Feierabend“,

ruft einer. „Nie wieder Kohle!“ Die Maschine stößt die letzten Briketts aus, ächzt noch einmal. Dann ist es ruhig, 10:07 Uhr. Papiertaschentücher wischen Tränen aus Arbeitergesichtern.

31. März 1995, letzte Schicht in der Brikettfabrik „Fortschritt“ im brandenburgischen Schwarzheide. Solche Szenen waren in der Lausitz, jener mit Tagebauen, Kraftwerken und Brikettfabriken gesäten Region in Südbrandenburg und Ostachsen, seinerzeit fast wöchentlich zu erleben. Stilllegung, letzte Schicht mit reichlich Schnaps, Verabschiedungsfeier mit Bergmannschor und Steigerlied und noch mehr Schnaps. Gewerkschaftssekretäre hatten damals kaum andere Termine im Kalender. Den Soundtrack dazu



Alte Lausitz: Letzte Schicht in der Brikettfabrik 64 in Lauchhammer, 1993 (l.); neue Lausitz: Energiepark bei Klettwitz, 2022

Abgebaggert

Eine sehenswerte ZDF-Dokumentation aus der Reihe „37 Grad“ erzählt vom Kampf der Lausitzer um ihre Zukunft angesichts des nahenden Kohleausstiegs. Der Film kann über die ZDF-Mediathek abgerufen werden: www.zdf.de/dokumentation/37-grad/37-abgebaggert-100.html

lieferte der Liedermacher Gerhard Gundermann, im Hauptberuf Baggerfahrer im Tagebau Spreetal. „Gundi“ sang seiner Lausitz, „wo die Kühe mager sind wie das Glück“, wunderschöne Sterbelieder: „Die Gleise rosten und das Förderband ist leer / Die braune Kohle von hier will jetzt keiner mehr.“

Die Weichen in Richtung Dauerkrise waren zu DDR-Zeiten gestellt worden. Nachdem die Energieversorgung in den 1970er Jahren auf Braunkohle getrimmt worden war, hatte sich die kohlereiche Lausitz zum Energiezentrum der DDR gewandelt. Auf die Wiedervereinigung folgte der jähe Absturz. Billiger Strom kam jetzt aus dem Westen, kaum jemand heizte noch mit Briketts. Kraftwerke und Brikettfabriken kamen in schnellem Takt auf die Stilllegungsliste; die alten Pläne für gigantische neue Tagebaue wurden rigoros zusammengestrichen.

Zehntausende Kohlekumpel und Kraftwerksarbeiter wurden arbeitslos. Sie bekamen ein paar Tausend Mark und ein Erinnerungsbrikett in die Hand gedrückt und wurden nach Hause geschickt. Viele fanden nie mehr Arbeit. Wer Glück hatte, durfte seine frühere Fabrik mit abreißen oder bekam eine Umschulung zur Floristin. Der gleichzeitige Zusammenbruch der Glas- und Textilindustrie mit dem Verlust Tausender Ar-

beitsplätze machte den industriellen Kahlschlag in der Region komplett.

Vom Struktureinbruch jener Zeit hat sich die Lausitz lange nicht erholt. Erst in den letzten Jahren konnte sie in puncto Arbeitslosigkeit Anschluss ans ostdeutsche Mittelfeld finden. Mehr als zwei Jahrzehnte zählte die Gegend zu den strukturschwächsten Regionen Ostdeutschlands. Kaum ein Fabrikherr aus dem Westen traute sich in dieses Industrieabbruchgebiet. Die Arbeitslosenquote lag zeitweise doppelt so hoch wie der ostdeutsche Schnitt. Bei den einschlägigen Zukunftsrangings belegten die Städte und Landkreise der Lausitz zuverlässig Plätze am Ende der Rangliste.

„Kaum eine Gegend in Ostdeutschland wurde nach 1990 so hart vom Strukturwandel getroffen wie diese Region“, sagt Matthias Loehr, Projektleiter Lausitz des vom DGB initiierten Transformationsprojekts „Revierwende“. Wer sich aufraffen konnte, ging fort. Die Lausitz zählt heute fast ein Drittel weniger Einwohner als 1990. Nach wie vor trägt jeder Zehnte sich mit dem Gedanken, die Heimat zu verlassen, bei den 18- bis 29-Jährigen ist es fast jeder Zweite. Vielerorts sahen die Innenstädte schon aus wie vom Onlinehandel heimgesucht, lange bevor es den Onlinehandel gab.

In den Tagebauen und Kraftwerken sind nur gut 7000 von einst 100 000 Arbeitsplätzen geblieben. Damit ist die Energiewirtschaft allerdings immer noch größter Arbeitgeber. Kein Wunder, dass die Menschen in der Region die Diskussion über den Ausstieg aus der Kohle mit großer Sorge verfolgten. Spätestens im Jahr 2038, nach dem Willen der Berliner Ampelkoalition „unter idealen Bedingungen“, sogar 2030, wird der letzte Bagger stillstehen und das letzte Kohlekraftwerk vom Netz gehen. In manchen Dörfern, die noch den Schaufelradbaggern weichen sollen, stehen sich zwei Lager in bitterem Streit gegenüber: Die einen kämpfen seit Jahrzehnten dagegen, dass ihre Heimat abgebaggert wird, die anderen hoffen noch auf ein paar Jahre Gnadenfrist in der Kohle, vor allem jetzt, wo angesichts des Ukrainekrieges die Sicherheit der Energieversorgung gefährdet ist und eine Renaissance bereits abgeschalteter Kohlekraftwerke diskutiert wird. ►

► Fraglich ist allerdings, ob im Ernstfall überhaupt noch genug Beschäftigte da sind, um die Kraftwerksblöcke wieder hochzufahren. Anders als in den 1990er Jahren, als die Leute bis zur letzten Schicht in ihren Jobs verharren, hat der Exodus der Fachkräfte aus der Kohle längst begonnen. Neue Arbeitgeber wie die Tesla-Fabrik in Grünheide oder der Flughafen BER sind mit dem Auto nur eine gute Stunde entfernt.

Vor allem der Beharrlichkeit der IG BCE ist es zu verdanken, dass die Lausitz nicht noch einmal ins Bergfreie fällt wie nach 1990. Mit der gigantischen Summe von 40 Milliarden Euro unterstützt die Bundesregierung bis zum Jahr 2038 den Strukturwandel in den deutschen Kohlerevieren. 17 Milliarden davon fließen in die Lausitz, damit die Kinder und Enkel der heute in der Kohle Beschäftigten eine Perspektive haben.

Die Revierwende ist bereits in vollem Gange. Den lange vermissten Auftrieb erhält die Region beispielsweise durch die Elektromobilität – mit einer neuen Kathodenfabrik bei BASF in Schwarzheide und der größten Lithiumfabrik Europas in Guben, errichtet vom kanadischen Unternehmen Rock Tech.

Beste Aussichten verspricht nach wie vor die Energieerzeugung – natürlich emissionsfrei aus Wind und Sonne. Bei der Energiewende könnte die Lausitz zur Vorreiterregion avancieren. Platz für Windparks und Solarkraftwerke ist genug da, beispielsweise auf den Kippen und in den Restlöchern ehemaliger Tagebaue. Etliche Solarparks sind bereits in Betrieb, andere im Bau oder in der Planung. Bisher ambitioniertestes Projekt ist der Energiepark Lausitz. Auf einer Abraumhalde des ehemaligen Tagebaus Klettwitz entstehen – um Dutzende Windkraftanlagen herum – Solaranlagen mit einer Gesamtleistung von 300 Megawatt; die ersten 50 gingen kürzlich ans Netz. Derartige Anlagen laufen allerdings, einmal errichtet, fast ohne Personal. Die einstigen Beschäftigtenzahlen aus der Kohle lassen sich so nicht annähernd erreichen.

Auch den Initiatoren des im vorigen Jahr gestarteten Projekts „Revierwende“ – zu den Ideengebern zählen DGB-Vorstand Stefan Körzell und der IG-BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis – geht es nicht um die Rettung alter Arbeitsplätze



Kaum eine Gegend in Ostdeutschland wurde nach 1990 wirtschaftlich so hart getroffen wie diese Region.“

MATTHIAS LOEHR,
Projektleiter bei „Revierwende“

Das Lied zum Niedergang

Ich war 'n Bergmann, weiter
hab ich nüscht gelernt /
Ich hab dieses Land in jedem
Winter treu gewärmt /
Die Lunge ist 'n Sack mit
Kohlebrocken voll /
Im Herzen Asche, in den
Adern Alkohol /
Ach, meine Grube Brigitta
ist pleite /
Und die letzte Schicht lang
schon verkauft /
Und mein Bagger, der stirbt in
der Heide /
Und das Erdbeben hört
endlich auf.

*Gerhard Gundermann,
Liedermacher (1955–1998)
in dem Song „Brigitta“
www.youtube.com/watch?v=7-bOPHYLeVE&ab_channel=trigger06660*

in der Kohle. Von sechs „Revierwende“-Büros aus, zwei in der Lausitz, zwei im mitteldeutschen Kohlerevier sowie je eins im Rheinland und im Saarland, wollen sie die Veränderung vor Ort mitgestalten, und zwar im Sinne der Beschäftigten. Ideen für die Transformation der ehemaligen Braunkohlenreviere sollen vor allem aus den Regionen selbst kommen. „Wir suchen dazu den direkten Austausch mit den Beschäftigten und den Betriebsräten“, erklärt Lausitz-Projektleiter Matthias Loehr. Ihr Wissen und ihre Erfahrung sollen, anders als nach dem Ende der DDR, nicht abgeschrieben und vergessen werden.

Wohl wichtigstes Anliegen der „Revierwende“ ist eine detaillierte Begutachtung der Transformationsprojekte, die jetzt finanziert werden sollen. „40 Milliarden Euro sind gleichzeitig Segen und Fluch“, sagt Michael Vassiliadis und hat dabei wohl im Sinn, dass derart viel Geld mancherlei Begehrlichkeiten bei Bürgermeistern und Landräten wecken dürfte. Unter den eingereichten Projekten soll sich auch die eine oder andere Trampolinhalle befinden.

Der IG-BCE-Vorsitzende nimmt schon mal Maß. „Wir müssen sehr darauf achten, dass durch die Investitionen in erster Linie industrielle Arbeitsplätze entstehen“, sagt er. „Gute, sichere und gut bezahlte Arbeit – das muss das Ziel sein.“ Das „Revierwende“-Team hat bereits eine Checkliste erstellt. Strahlt das Projekt über die Region hinaus? Zieht es Arbeitskräfte in die Lausitz? Verspricht es langfristig Wertschöpfung? Bietet es Beschäftigten eine Chance, deren Jobs durch den Kohleausstieg wegfallen?

„Revierwende“-Projektleiter Loehr sieht – erstmals seit mehr als 30 Jahren – „eine Riesenchance für die Lausitz, ihre Zukunft erfolgreich zu gestalten“. Leuchtturmprojekt ist für ihn das ICE-Instandhaltungswerk der Bahn in Cottbus, das „Neue Werk“, wo in den nächsten Jahren 1200 hochwertige Industriearbeitsplätze entstehen. Bei Ausbildung und Personalübernahme wagt die Bahn dabei gemeinsam mit dem Tagebau- und Kraftwerksbetreiber LEAG den Schritt in die Zukunft: Bereits in diesem Jahr werden die ersten 80 LEAG-Beschäftigten in das „Neue Werk“ nach Cottbus wechseln – von der alten in die neue Arbeitswelt. ■

PRAXISTIPP

Das Institut für Mitbestimmung und Unternehmensführung der Hans-Böckler-Stiftung (I.M.U.) wertet regelmäßig Betriebs- und Dienstvereinbarungen aus und zeigt anhand von Beispielen, worauf es ankommt. Mit der Reihe „Praxistipp“ stellen wir in jeder Ausgabe eine Auswertung vor.

Betriebsräte als Wächter über New Work

Desksharing“, „Agilität“ oder „Scrum“ gehören in vielen Industriebetrieben und Verwaltungen zur neuen Arbeitswelt. Was sich hinter diesen Begriffen verbirgt und was sie für die Arbeit von Betriebs- und Personalräten bedeuten, erklärt der Kartenstapel „Arbeitsorganisation im Wandel. New Work gestalten“. In kurzen Porträts erzählen Betriebs- und Personalräte die Geschichte hinter entsprechenden Betriebsvereinbarungen.

Bei Scrum handelt es sich um eine Methode, Projekte zu managen. Den Kern bildet das sogenannte Scrum-Team, das in sich wiederholenden Schritten Lösungen entwickelt. Scrum-Teams arbeiten meist agil, sprich, sie organisieren sich selbst, sind flexibel, kreativ und nah am Kunden. Beim Desksharing, zu Deutsch: geteilter Schreibtisch, gibt es keine festgelegten Arbeitsplätze. Wer ins Büro kommt, bucht zuvor einen freien Platz. Fast immer kombinieren Unternehmen Desksharing mit mobiler Arbeit, das spart Bürofläche und -ausstattung.

Der Betriebsrat kann an vielen Stellen mitbestimmen. Wichtig ist etwa, auf welcher Basis das Verhältnis von Arbeitsplätzen zu Beschäftigten

berechnet wird, wie Arbeitszeiten und Arbeitsschutz auch mobil eingehalten werden oder die Kommunikation unter den Beschäftigten und zu den Führungskräften organisiert wird.

Mobile Arbeit und geteilte Schreibtische funktionieren nur mit Technik wie Videokonferenzen, Chats oder Plattformen für Zusammenarbeit an Dokumenten. Diese Instrumente erleichtern vieles, sie bieten aber auch Überwachungs- und Kontrollmöglichkeiten. Betriebs- und Personalräte müssen darauf achten, dass Beschäftigte hierdurch nicht unter zusätzlichem Leistungsdruck geraten oder das Gefühl bekommen, immer erreichbar sein zu müssen.

Auch in der neuen Arbeitswelt greifen die klassischen Werkzeuge der Betriebsratsarbeit wie das Unterrichts- und Beratungsrecht. Sinnvoll sind meist Vereinbarungen, die die Mitbestimmung im laufenden Prozess verankern. Denn bei der Umstellung auf neue Arbeitskonzepte ist nicht immer von Anfang an klar, welche Punkte geregelt werden müssen. Für Arbeitnehmervertretungen spielt dabei die Sicht der Beschäftigten eine wichtige Rolle. Sie sollten schon im Vorfeld beteiligt werden. ■



Alle Karten mit weiteren Antworten zu New Work gibt es hier: www.mitbestimmung.de/html/was-verbirgt-sich-hinter-new-work-20100.html
Weitere Fragen beantwortet Nils Werner, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Referat Arbeit und Mitbestimmung: betriebsvereinbarung@boeckler.de



Wir bestimmen mit

MICHAEL KESSLER, Arbeitnehmervertreter im Verwaltungsrat des Dienstleistungskonzerns Spie in Paris.

Von Kevin Gallant – Foto Frank Rumpenhorst

Für seinen Job legt Michael Kessler viele Kilometer zurück. Monatlich fliegt er nach Paris, wöchentlich fährt er von seinem Homeoffice in der Nähe von Frankfurt nach Ratingen. „Reisen war nie ein Problem für mich. Als Konzernbetriebsrat war ich sowieso immer unterwegs“, sagt er. Der 57-Jährige arbeitet für Spie, einen technischen Dienstleister für Gebäude, Anlagen und Infrastruktur mit ungefähr 46.000 Beschäftigten. Das Unternehmen baut unter anderem Stromnetze aus oder installiert Anlagen für erneuerbare Energien. Immer mit dem Ziel, Energie effizienter zu nutzen und CO₂-Emissionen zu senken.

Für die deutsche Tochtergesellschaft Spie Efficient Facilities sitzt Kessler als stellvertretender Vorsitzender im Aufsichtsrat in Ratingen. Seit 2020 ist er in der französischen Zentrale zudem Arbeitnehmervertreter im Verwaltungsrat. Dort beschäftigt er sich unter anderem damit, wie viel fossile Energie im Unternehmen noch verbraucht und wie Emissionen eingespart werden können. „Angesichts der Größenordnung von Spie ist das ein riesiges Thema“, sagt er. Außerdem arbeitet er daran mit, das Unternehmen weiter zu digitalisieren und die Arbeit für die Beschäftigten attraktiver zu machen – in Deutschland mit einem Jobticket, in Frankreich durch besser abgestimmte Arbeitszeiten.

Kessler hat Mitbestimmung von der Pike auf gelernt. „Vom Nachrücker vor 18 Jahren bis zum Konzernbetriebsratsvorsitzenden habe ich alles mal gemacht“, sagt er. Seine Erfahrung sei auch ein Vorteil bei der Wahl für den Posten in Paris gewesen. „Die Kollegen kannten mich und die Art, wie ich arbeite.“ Er habe stets versucht, trans-

parent für alle zu sein. „Im Aufsichtsrat geht es viel um Zahlen. Da hilft es nicht, in Betriebswirtschaftsdeutsch oder Powerpoint-Floskeln zu reden“, sagt er. Er erzählt den Kolleginnen und Kollegen lieber, was diese Zahlen für sie bedeuten.

Nach seiner Wahl in den Verwaltungsrat erstaunte ihn zunächst die hohe Taktung, mit der in der Zentrale gearbeitet und entschieden wird: „Spie hat mit Deutschland und Frankreich zwei große Einheiten, und da hängen noch weitere Länder dran.“ Im Oktober ist die erste Hälfte seiner Amtszeit vorbei. Stand jetzt möchte er aber auch darüber hinaus weitermachen.

Frische Kräfte für die Betriebsräte

Genug Themen für die zweite Halbzeit seien da. Auch bei Spie verändere die Digitalisierung Berufsbilder. Deshalb setzt sich Kessler dafür ein, Mitarbeiter weiterzubilden. „Für die jüngeren Kollegen ist das einfacher, aber wir wollen auch die Älteren mitnehmen.“ Der Bedarf an qualifizierten Beschäftigten wachse. Künstliche Intelligenz und Software werden zukünftig auch bei Spie eine größere Rolle spielen und den Bedarf an qualifizierten Leuten ankurbeln – auch aus den eigenen Reihen.

Bedarf sieht er auch beim Nachwuchs in den Betriebsräten, nicht nur bei Spie. Gerade bei Digitalisierung und Umweltschutz bräuchten die Gremien mehr junge Stimmen. „Man muss die jungen Menschen über die Themen ansprechen, die sie sowieso etwas angehen“, sagt er. Laut Kessler müsse den jungen Leuten mehr Raum in den Betriebsräten geboten werden. „Wir müssen zeigen, dass Engagement zwar Niederlagen, aber auch Erfolge bringen kann.“ ■



Stefano Antonelli, Betriebsratschef bei Meyer Burger: „Der Erfolg gibt uns recht.“

Bei seinen Kollegen hat Stefano Antonelli den Ruf weg, ein harmoniebedürftiger Mensch zu sein. Unaufgeregt und stets sachlich im Gespräch, verkörpert der Betriebsratsvorsitzende des Schweizer Fotovoltaikherstellers Meyer Burger das Gegenteil des Agitators vorm Werkstor mit dem Megafon in der Hand. „Aber wenn es drauf ankommt, scheue ich auch den Konflikt nicht“, sagt er. „Ich kann auch anders.“ Muss er aber nicht. An den deutschen Standorten des im schweizerischen Thun beheimateten Unternehmens herrscht Einvernehmen zwischen Kapital und Arbeit. „In strategischen Fragen sind sich Geschäftsleitung und Betriebsrat absolut einig“, befindet Antonelli. „Und der Erfolg gibt uns recht.“

Die gesamte europäische Fotovoltaikbranche schaut derzeit gebannt auf das sachsen-anhaltinische Bitterfeld-Wolfen und das sächsische Freiberg, Standorte, an denen Meyer Burger im vergangenen Jahr zwei große Fabriken für Solarzellen und -module nach mehrjährigem Dornröschenschlaf wieder in Betrieb genommen

hat. Das Unternehmen sieht sich als eine Art Minenhund: Als Pionier hat es die Fertigung von Solarmodulen nach Deutschland zurückgeholt und will der Branche damit zu einem Comeback verhelfen – eine mutige Kampfansage an die alles dominierenden chinesischen Wettbewerber.

In den Jahren zuvor war das Schweizer Unternehmen Opfer des eigenen Erfolges geworden. Lange stand Meyer Burger als Ausstatter von Solarzellenfabriken vor allem in Fernost in dem Ruf, der Mercedes unter den Fotovoltaik-Ausrüstern zu sein. Das Unternehmen war Weltmarktführer. Doch als dann die Preise verfielen und die Chinesen die Anlagen einfach nachbauten, schrumpfte das Geschäft. Zuletzt schrieb Meyer Burger rote Zahlen und stand mit dem Rücken zur Wand. Die Großaktionäre drängten das Unternehmen zu einem Kurswechsel – vom Anlagenbauer zum Hersteller eigener Fotovoltaikzellen und -module. Und zwar nicht in Fernost, sondern in seit zwei Jahren leer stehenden Solarfabriken in Freiberg und Bitterfeld-Wolfen. Seine Premiumanlagen setzt Meyer Burger jetzt nur



Comeback im Solar Valley

ENERGIEWENDE Der Schweizer Fotovoltaikhersteller Meyer Burger hat mit Erfolg zwei leer stehende Solarfabriken in Ostdeutschland wiederbelebt.

Von **Andreas Molitor**

noch für die eigene Zell- und Modulfertigung ein. Bitterfeld – der Name hat in der Fotovoltaikszene einen melancholischen Klang. Hier im „Solar Valley“ schlug bis vor gut zehn Jahren das Herz der deutschen Solarindustrie mit Dutzenden Fabrikhallen und bis zu 3500 Beschäftigten.

Es waren goldene Zeiten. Mit großzügigen Subventionen hatte die Regierung Schröder in den Jahren nach der Jahrtausendwende die Stromerzeugung aus Wind- und Sonnenkraft gefördert; Fotovoltaikwerke schossen wie Pilze aus dem Boden. Im Jahr 2011 gab es bundesweit mehr als 300 Solarzellenhersteller, zu ihren besten Zeiten beschäftigte die Branche 156 000 Menschen.

Umso jäher kam der Absturz. Ausgestattet mit Milliarden aus der Staatskasse, bauten chinesische Hersteller in kurzer Zeit gigantische Produktionskapazitäten auf. Schon bald waren sie in der Lage, Module guter Qualität viel billiger zu produzieren als die Deutschen. Als dann auch noch die Bundesregierung die Förderung der Solarenergie massiv zurückschraubte, kollabierten binnen weniger Monate die Geschäftsmodel-

le; nacheinander taumelten die deutschen Hersteller in die Insolvenz. Mehr als 90 Prozent der hierzulande auf Dächern und in Solarkraftwerken verbauten Module kommen heute aus Asien, das Gros aus China.

Ironie der Geschichte: Ein guter Teil der chinesischen Produktionsanlagen, die mit ihren preiswerten Modulen den Markt überfluten, stammt aus den Fabriken und Labors von Meyer Burger. „Wir haben die chinesischen Hersteller durch Anlagenlieferungen und Technologietransfer erst groß gemacht“, so Gunter Erfurt, der Geschäftsführer von Meyer Burger.

Nun ist alles anders, die Zeit scheint reif für ein Comeback der Branche. Der globale Solarmarkt scheint fast grenzenlos. Klimawandel, Energiewende, der Green Deal der EU – alles spielt der Fotovoltaik in die Hände. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine ist außerdem klar, dass die Energiewende dramatisch an Tempo gewinnen muss. Jetzt muss gebaut werden, und zwar schnell, damit deutsche Unternehmen und Haushalte noch ►

Aufs Stadionsdach

Jüngster Coup von Meyer Burger: Das Unternehmen stattet das Dach des neuen Stadions des Fußballbundesligisten SC Freiburg mit 6000 seiner Solarmodule aus und konnte sich gegen asiatische Mitbewerber durchsetzen. Die Anlage deckt den kompletten jährlichen Strombedarf des Clubs „Es gibt so viele Möglichkeiten, autark Strom zu produzieren“, sagt Katja Tavernaro von der Geschäftsleitung. „Man muss eben auch mal ‚out of the box‘ denken.“



Foto: Felix Brüggemann



Foto: Felix Brüggemann



Foto: Felix Brüggemann



Auf Erfolgskurs: Geschäftsführer Gunter Erfurt; Blick in die Produktion in Freiberg; Modulfabrik in Bitterfeld

► schneller unabhängig von russischen Öl- und Gaslieferungen werden. Der Preis der Module ist ins Bodenlose gefallen, seit 2008 um etwa 90 Prozent. Sonnenkraft ist – auch ohne Subventionen – in Deutschland mittlerweile die günstigste Stromquelle. Und weil die Kosten für den Transport aus Fernost explodiert sind, ist eine Produktion in Europa mittlerweile nicht mehr teurer als in China. Als europäische Premiummarke tritt Meyer Burger gegen die Allweltsprodukte aus Asien an. Unabhängige Experten, etwa vom Fraunhofer Institut für Solare Energiesysteme in Freiburg, bescheinigen den Modulen „made in Germany“ gegenüber der chinesischen Konkurrenz einen etwa dreijährigen Technologievorsprung. Die Schweizer werben mit bis zu 20 Prozent höherer Energieausbeute, deutschen Arbeitsplätzen, besseren Umweltstandards und einer längeren Lebensdauer.

Zudem wachsen – wiederum verstärkt seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine – die Zweifel, ob sich Deutschland bei einer Schlüsseltechnologie für die Energiewende völlig von einem anderen Land abhängig machen sollte. „Man hat jetzt begriffen, dass es durchaus drauf ankommt, wo und unter welchen Arbeits- und Umweltbedingungen etwas produziert wird“, sagt Katja Tavernaro, in der Geschäftsleitung von Meyer Burger für Nachhaltigkeit verantwortlich.

Die Politik habe „schmerzhaft erfahren müssen, dass man bei autoritär geführten Staaten nicht shoppen geht wie in einer Mall“.

Meyer Burger hat viele Beschäftigte, die einst in einer der Solar-Valley-Fabriken gearbeitet haben, aus ihren Jobs zurückgeholt. Menschen, „die Ahnung von der Industrie haben“, sagt Gunter Erfurt, ein unpräntentöser Chef, der zu Mittag Spinat mit Spiegelei und Kartoffeln aus einer Pappschale isst. Sie haben ein gemeinsames Ziel: das „Ding wieder ans Kochen zu bringen“. Im Sommer vorigen Jahres lief die Produktion an, wegen der Pandemie und Lieferproblemen zunächst schleppender als erwartet. Weil Meyer Burger mehr als 150 Millionen Euro in die neuen Fabriken investiert hat, im vergangenen Jahr aber nur für neun Millionen Euro Module verkauft wurden, präsentierte das Unternehmen im März für 2021 eine tiefrote Bilanz. Mittlerweile haben die beiden Fabriken aber deutlich Fahrt aufgenommen; bis zum Jahresende soll die Produktionskapazität weiter hochgefahren werden.

Der Hersteller will expandieren. Eine weitere Fabrik in Goodyear im US-Bundesstaat Arizona soll in Kürze in Betrieb gehen. Für die Zukunft setzt das Management verstärkt auf Solarkraftwerke an Autobahnen oder auf Äckern. In den deutschen Werken soll die Belegschaft – derzeit je 200 Beschäftigte – schnell wachsen: in Freiberg auf das Doppelte, in Bitterfeld-Wolfen sogar auf das Dreifache. In ein paar Jahren sollen die beiden Fabriken bis zu 3500 Menschen Arbeit bieten.

Was noch fehlt, ist ein Tarifvertrag. In Hohenstein-Ernstthal, dem historischen Standort, wo der Anlagenbau sein Domizil hat, laufen seit zwei Jahren Tarifgespräche und Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeber und der IG Metall. Die Beschäftigten hätten „den Willen zur Tarifbindung schon mit einem Autokorso mit IG-Metall-Flaggen zur Schau getragen, sagt der Betriebsratsvorsitzende. Doch der Arbeitgeber zeige hier „keine allzugroße Eile.“

Dafür geht es bei der Mitbestimmung voran. Einen Betriebsrat gab es bisher nur in Hohenstein-Ernstthal, nur dort konnte sich Stefano Antonelli um die Anliegen der Belegschaft kümmern. Das wird sich ändern. In Bitterfeld-Wolfen fand kürzlich eine Wahlversammlung statt. Bald wird es auch dort einen Betriebsrat geben. ■



DEN NERV GETROFFEN

SONGWETTBEWERB Gunther Sanwald gewann mit „Lass uns die Antwort sein!“ den IG-Metall-Contest zur Fairwandel-Kampagne.

Von **Martin Kaluza** – Fotos **Benjamin Jenak**

Es sind erst ein paar Takte gespielt, da klatscht das Publikum schon mit. Gunther Sanwald dreht sich zu seinen Mitmusikern und wartet auf seinen Einsatz. „Bilder, die uns tiefberühren, die Welt ist aus dem Lot.“ Die beiden Gitarristen nehmen Fahrt auf unter der Stuckdecke des Weißen Saals in der

Leipziger Kongresshalle. Sanwald singt über die Not, die er im Fernsehen sieht. Und darüber, dass, wer jetzt nicht handelt, verliert: „Das geht an alle da draußen, wir lassen niemand allein!“ Das „Oh-ooohoo!“ des Refrains singt das Publikum sofort mit. „Lass uns die Antwort sein, wir sind nicht allein!“ ▶

Der Funke springt über:
Gunther Sanwald singt seinen
Gewinnersong bei der IG-Metall-
Konferenz in Leipzig.



► Es ist sofort ein Draht da zwischen Band und Publikum. Das Publikum, das sind Metallerrinnen und Metaller, die zum Kongress des Projekts „IG Metall vom Betrieb aus denken“ nach Leipzig gekommen sind. Der Song ist ganz neu, Sanwald hat gerade erst den Songwettbewerb der Kampagne Fairwandel gewonnen. Gefragt war ein Lied, das den Nerv der IG Metall trifft, das Zusammenhalt schafft und die Werte der Gewerkschaft widerspiegelt. Man muss sich nur kurz umschaun hier: Sanwald singt offene Türen ein.

Dabei spricht er durchaus schwierige Themen an. „Autoland ist ausgebremst“, singt Sanwald an einer Stelle, weil die Branche sich dem Klimawandel stellen muss. Kann man das machen bei der IG Metall? „Mich haben die Bilder vom Ahrtal tief beeindruckt. Ich habe gespürt, dass man etwas unternehmen muss, auch wenn es die eigene Arbeitswelt betrifft“, sagt Sanwald. In seinem Song „Lass uns die Antwort sein!“ spannt er einen weiten Bogen vom Gefühl, dass die Krisen zunehmen, bis zur Angst, sozial abgehängt zu werden, und der Gefahr, dass die Rechtspopulisten davon profitieren. Der Song wirkt entschlossen hoffnungsvoll. Die Botschaft: Die Herausforderungen unserer Zeit lassen sich bewältigen, wenn man zusammensteht.

Dass der Song den Geist der IG Metall trifft, ist kein Zufall. Der Songwriter ist selbst schon lange Mitglied. In diesem Jahr geht er in seine dritte Amtszeit als Betriebsratsvorsitzender bei Wohlhaupter, einem Hersteller von Präzisionswerkzeugen im Landkreis Esslingen bei Stuttgart. Mittelständisches Unternehmen, 180 Mitarbeiter, familiengeführt. „Ich war schon 22 Jahre in der Firma, als ich kandidierte. Wir waren mit dem alten Betriebsrat unzufrieden. Da sagten die Kollegen: ‚Sawald, du hast eine große Klappe. Kandidier doch!‘“

Damals stand ein Generationenwechsel an, die Besitzerfamilie bereitete den Verkauf eines Mehrheitsanteils an ein großes US-amerikani-

ches Unternehmen vor, die Stimmung in der Belegschaft war angespannt. „Die IG Metall hatte Hausverbot. Wir sind angetreten, um sie wieder reinzubringen. Der 70-jährige Chef hat Zeter und Mordio geschrien“, erzählt Sanwald. Als Betriebsratsvorsitzender arbeitete er sich in Ergänzungstarifverträge ein, in Entlassungsverträge, befasste sich mit dem geplanten Verkauf. Von Anfang an sah er sich als Teamplayer. „Ich habe einen tollen Stellvertreter, der tief in der Materie

Fairwandel-Songwettbewerb: Die Plätze

Platz zwei:

Chris die Krise: „Fairwandel“

„Wir verhandeln knallhart, wie unser Name schon sagt / Wir sind IG Metall und für euch am Start.“ Mit Wortwitz und Indie-Charme beschreibt „Chris die Krise“, der eigentlich Christopher Schmidt heißt, was wir an den Gewerkschaften haben. „Politisch heißt ja nicht, dass der Spaß zu kurz kommen muss“, sagt Schmidt, der gerade zum zweiten Mal in den Betriebsrat bei Mitsubishi Powers gewählt wurde. Mit 16 fing er an, Musik zu machen, mit seinem besten Kumpel. Im letzten Jahr schrieben sie einen Song für das Montagelabor. „Die machen die ganze schwere Arbeit, und die im Büro wissen das manchmal nicht zu schätzen.“ Dann landete die Mail mit der Einladung zum Songwettbewerb in seinem Postfach.

Platz drei:

Thomas Schulte-Hiltrop: „Aufbruch“

Ein Klaviermotiv in Moll, düster schwillt ein Keyboard an. „Es ist ein Aufbruch in die Zukunft. Unser Tun bleibt unerlässlich wie ein Herz, das Blut pumpt“, rappt Thomas Schulte-Hiltrop. Der Musiker betreibt seit 2017 eine Produktionsfirma, baut Beats und Instrumentals, über die Rapper ihre Reime legen. Hier greift er selbst zum Mikro. Auf die Bestandsaufnahme in den Strophen folgt ein hoffnungsvoller Refrain, gesungen von Isabella Schulte-Hiltrop: „Fairwandel ist so viel mehr als nur ein Motto oder eine Aktion. Fair handeln, gemeinsam für ein gutes Leben, für mehr Gleichheit und Lohn!“

Die Songs der Plätze eins bis drei kann man hier nachhören:
<https://www.igmetall.de/mitmachen/fairwandel-song>



steckt, der aber meinte, er könne nicht vor Publikum reden. Das müsse ich machen“, sagt Sanwald. Das war vor neun Jahren. Inzwischen ist noch ein Amt hinzugekommen: Auf Vorschlag der IG Metall Esslingen wurde er Anfang letzten Jahres zum ehrenamtlichen Richter am Arbeitsgericht Stuttgart berufen.

Als Sanwald die E-Mail mit dem Aufruf zum Songwettbewerb der IG Metall in seinem Postfach fand, setzte er sich gleich an den ersten Entwurf. Ganze Papierkörbe habe er mit immer neuen Versuchen gefüllt. Auch musikalisch probierte Sanwald verschiedene Variationen aus, mal schneller, mal langsamer. Klar war: Der Song sollte von 18 bis 80 hörbar sein, alle mitnehmen, so, wie es zur IG Metall passt. „Im Refrain wollte ich etwas Hymnisches“, sagt Sanwald, und das passt genau zu seinen musikalischen Vorlieben. Ihm gefällt der klassische Mainstream, Pop-Rock mit deutschen Texten. Die Songs, die er schreibt, müssen nicht immer eine politische Botschaft haben. „Lass uns die Antwort sein!“ hat eine, und zwar auf eine Art, die zu dem Gewerkschafter

Sanwald passt. „Ohne die Tätigkeit als Betriebsratsvorsitzender wäre es ein anderer Text geworden“, sagt er.

Seit Sanwald den Songwettbewerb gewann, ist er schon öfter damit aufgetreten. Das erste Mal auf der Kundgebung des DGB zum 1. Mai in Frankfurt. Auf dem IG-Metall-Kongress spielt er den Song mit seiner Band in der Messehalle 1 das erste Mal gegen Mittag: 340 Quadratmeter große Bühne, in der Mitte des Publikums aufgebaut, Hammeranlage, 1500 Leute. „Ich mache seit 47 Jahren Musik“, sagt Sanwalds Mitmusiker Roland Schubert, „aber so einen Endorphinschub habe ich noch nie gehabt.“

Abends spielt die Band noch einmal ausführlicher. „Es ist geil, wie ihr uns durch den ganzen Tag tragt“, sagt Sanwald zwischen zwei Songs. Als Zugabe spielen sie noch einmal „Lass uns die Antwort sein!“. Noch Stunden später sieht man ihm und seiner Band an, wie die Reaktion des Publikums sie berührt hat. „Die Leute klatschen und singen deinen Song“, sagt Sanwald. „So wollte ich schon immer mal von der Bühne gehen!“ ■

Die Bandmitglieder während und vor dem Auftritt in Leipzig (v.l.n.r.): Thomas Kraft (Bass), Marion Wetzel (Schlagzeug), Gunther Sanwald, Roland Schubert (Gitarre) und Sven Frey (Gitarre)

Zeit für eine Frau

GEWERKSCHAFT Yasmin Fahimi führt zukünftig den DGB. Welche Themen sie angehen will, sagte sie auf dem Bundeskongress in Berlin.

Von Fabienne Melzer

Foto: Jörg Farys/DGB



Die neue und der alte Vorsitzende: Yasmin Fahimi und Reiner Hoffmann nach der Wahl der neuen Vorsitzenden

Wo SPD und Grüne eine Doppelspitze haben, vertraut der DGB ganz auf eine Frau.

Yasmin Fahimi wird den Gewerkschaftsbund in den kommenden Jahren führen. Auch Bundeskanzler Olaf Scholz stellte in seiner Rede beim DGB-Kongress fest, dass es im Jahr 2022 höchste Zeit wurde für eine Frau an der Spitze der Gewerkschaften. Seine Parteigenossin und bisherige Fraktionskollegin nannte er eine Gewerkschafterin mit Herzblut und eine ausgewiesene Arbeitsmarktexpertin. Insofern sei der DGB für sie ein Heimspiel.

Wo sie ihre Heimvorteile sieht, stellte die neue Vorsitzende auch in ihrer Rede klar: „Einen sozialen Masterplan für Gute Arbeit und ein gutes Leben können wir am besten schreiben.“ Der Wandel von Industrie und Gesellschaft verlaufe nur dann sozial, wenn sich die Bedingungen für alle Menschen, insbesondere für die Schwächsten, verbessern. Das Gegenteil sei jedoch der Fall. Fahimi kritisierte, dass sich der Anstieg der Vermögen von der Wirtschaftsleistung in Deutschland völlig entkoppelt habe: „Unser Gerechtigkeitsempfinden wird doch beleidigt, wenn die zehn reichsten Deutschen ihr Vermögen während der

Pandemie noch einmal um 100 Milliarden Euro vergrößern konnten. Dabei besitzen sie schon zwei Drittel des Gesamtvermögens dieser Republik.“ Diese Ungerechtigkeit müsse mit einer Wiedereinführung der Vermögenssteuer und einer Sondervermögensabgabe beseitigt werden.

Auch Dogmen der Finanzpolitik nahm sie sich vor: „Die Schuldenbremse bremst – das ist richtig – und zwar unsere Zukunft.“ Schulden seien schließlich nicht gleich Schulden. Man müsse unterscheiden, ob das Geld für Investitionen in die Infrastruktur ausgegeben werde oder verschwendet werde wie beim Beschaffungswesen der Bundeswehr. „Wie lange braucht dieses Land eigentlich noch, um endlich zu verstehen, dass die Schuldenbremse nicht wichtiger sein kann als die Zukunft unserer Kinder?“, fragte Fahimi.

Im Hinblick auf die Menschen in der Ukraine forderte sie den russischen Präsidenten auf, den Krieg sofort zu beenden. Sie sprach sich für eine bessere Ausstattung der Bundeswehr aus. Waffenlieferungen an die Ukraine halte sie in der derzeitigen Situation für richtig, sie warnte allerdings gleichzeitig: „Der Krieg in der Ukraine darf uns nicht dazu verführen, zu glauben, man könne mit Waffen Frieden schaffen.“ Notwendig seien dagegen neue internationale Initiativen zu Abrüstung und eine neue Qualität von Friedens- und Entwicklungszusammenarbeit.

Ein ersatzloser Stopp der russischen Gaslieferungen würde dagegen selbst hocheffiziente Standorte in Deutschland in die Knie zwingen. Ebenso wenig hält die neue DGB-Vorsitzende von Lohnzurückhaltung in den anstehenden Tarifrunden. Die Inflation sei nicht Folge gestiegener Einkommen, sondern vielmehr das Ergebnis von Spekulationen auf den Finanzmärkten, gestörten Lieferketten und knappen Rohstoffen. „Wer jetzt Lohnzurückhaltung verlangt, will in Wahrheit nichts anderes als die Krisenbewältigung allein auf dem Rücken der Beschäftigten abladen“, sagte Fahimi.

Die Transformation müsse sich beschleunigen. Schneller gehe es aber nur mit den Beschäftigten und ihrem Wissen. Viel zu oft werde die Sicherheit der Arbeitsplätze dem raschen Profit geopfert. „Deshalb brauchen wir eine echte Mitbestimmung bei Entscheidungen von strategischer Qualität in den Unternehmen und ein Ende der Mitbestimmungsfucht in Europa“, sagte Fahimi. Im Koalitionsvertrag vermisst sie einen umfassenden Kündigungsschutz für Beschäftigte, die einen Betriebsrat gründen wollen, eine Forderung, die sich doch leicht erfüllen ließe: „Es kostet noch nicht einmal etwas“, sagte Fahimi und appellierte an die Politik: „Wollen wir diese Transformation demokratisch gestalten oder nicht? Dann gibt uns diese Rechte.“

Zur Person: Yasmin Fahimi, Jahrgang 1967, studierte nach dem Abitur zunächst Elektrotechnik und dann Chemie. Von 1998 bis 2000 arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin der Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE. Von dort wechselte sie als Gewerkschaftssekretärin zur IG BCE und arbeitete an verschiedenen Stationen. 2014 übernahm sie für ein Jahr das Amt der SPD-Generalsekretärin. Von 2017 bis 2022 war sie Mitglied des deutschen Bundestags.

Foto: Gordon Welters/DGB



„Das war schon erste Sahne“

Mit einem roten Karl Marx betrat der IG-BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis zum Abschied von Reiner Hoffmann die Bühne. Was es mit dem roten Kerl auf sich hatte, verriet er erst zum Ende seiner Rede. „Du weißt, die Befreiung der Arbeiterklasse muss das Werk der Arbeiterklasse sein, und in diesem Sinne haben wir etwas für deinen Unruhestand mitgebracht. Übrigens: ein beliebtes Geschenk in der IG BCE“, erklärte Vassiliadis mit angeschlagener Stimme. Seine Heiserkeit hatte er zuvor schon mit dem gemeinsamen musikalischen Auftritt der Gewerkschaftsvorsitzenden am Vorabend entschuldigt – ein Geschenk für Reiner Hoffmann, das dieser besonders klasse fand: „Dass alle acht Vorsitzenden das gleiche Lied singen und auch den gleichen Rhythmus können, das war schon erste Sahne.“ Vassiliadis dankte dem scheidenden Vorsitzenden dafür, dass die Gewerkschaften heute so geeint dastehen wie selten zuvor. Auch Bundeskanzler Olaf Scholz bedankte sich bei Reiner Hoffmann: „Du hast die Gewerkschaften früh auf den schon viel diskutierten Transformationspfad gesetzt, deshalb tragen die großen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Projekte der vergangenen Jahre auch deine Handschrift.“ ▶



Ein Peace-Zeichen, geformt aus Menschen, vor dem DGB-Bundeskongress

Krieg in der Ukraine: DGB sucht Balance zwischen Selbstverteidigung und Pazifismus

Am Ende drehte sich die Diskussion um die Frage: Soll der DGB das Sondervermögen für die Bundeswehr kritisch begleiten oder ablehnen? Für viele Mitglieder erschütterte der Krieg in der Ukraine Überzeugungen, die lange als unumstößlich galten. Mit einem Initiativantrag hatte der Gewerkschaftsbund auf den Krieg in der Ukraine reagiert. Dabei suchte er eine Balance zwischen Solidarität mit der Ukraine und der grundsätzlich pazifistischen Haltung des DGB. So unterstützt der DGB alles, was den Menschen in der Ukraine hilft. Dazu gehört auch Hilfe zur Selbstverteidigung. Geflüchtete sollen in Deutschland schnell Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Sprach- und Integrationskursen erhalten. Kinder und Jugendliche müssen nicht nur in Kitas und Schulen aufgenommen werden. Sie brauchen auch Hilfe, ihre Traumata zu verarbeiten.

Gleichzeitig fordert der DGB, angesichts dieser Ausgaben dürfe der Umbau der Wirtschaft nicht ins Hintertreffen geraten. Er unterstützt die Sanktionen gegen Russland bis an den Punkt, an dem sie der deutschen und der europäischen Wirtschaft mehr schaden als der russischen. Zwar bezweifelt auch der DGB nicht, dass die Bundeswehr vernünftig ausgestattet werden muss. Das Zwei-Prozent-Ziel für alle kommenden Generationen lehnt er dagegen ab. Die Vorsitzende Yasmin Fahimi nannte es willkürlich und grundfalsch. „Nie wieder“, das bleibt unsere zentrale Lehre aus den Weltkriegen“, sagte Fahimi. Daher setze sich der DGB auch dafür ein, zu einer weltweit kontrollierten Abrüstung zurückzukehren.

In all diesen Punkten waren sich die Delegierten einig. Strittig blieb am Ende nur das 100-Milliarden-Sondervermögen. Zwar ging es in der Ergänzung ursprünglich um die Ablehnung der 100 Milliarden statt einer kritischen Begleitung. In der Debatte zeigte sich aber, dass die Positionen nicht weit auseinanderlagen. So betonten die Befürworter einer Ablehnung immer wieder, dass auch sie für eine bessere Ausstattung der Bundeswehr seien. Sie lehnten lediglich ab, dass hier eine Zahl aus dem Hut gezogen werde, ohne vorher zu benennen, was genau gebraucht werde und wie viel es koste. Nach einer sachlichen Debatte stimmte die Mehrheit für die „kritische Begleitung“.

Sicherheit und sozialen Frieden nicht gegeneinander ausspielen

Auch der Bundeskanzler ging in seiner Rede beim DGB-Kongress auf den Krieg in der Ukraine und die geplanten Rüstungsausgaben ein und versicherte: „Wir werden Sicherheit nicht gegen den sozialen Frieden in diesem Land ausspielen. Indem wir das Sondervermögen etablieren, ist klar: Wir werden die Projekte, die wir uns für die Neuausrichtung unserer Wirtschaft und für den sozialen Zusammenhalt in Deutschland vorgenommen haben, nicht einstellen.“ Er nannte die zahlreichen Reformvorhaben des Koalitionsvertrags, für die auch die Arbeit des DGB wichtig gewesen sei.

Er kündigte an, in den kommenden Wochen eine neue Allianz für Transformation im Kanzleramt zusammenzubringen. Gemeinsam mit Unternehmen, Gewerkschaften und Verbänden wolle die Regierung Schritte für den größten Umbau der Wirtschaft seit Beginn der Industrialisierung planen. „Unser Ziel ist es, gestärkt aus diesem Wandel hervorzugehen“, sagte Scholz. „Wir wollen, dass die Transformation gut bezahlte, sichere Arbeitsplätze schafft.“

Bundeskanzler Olaf Scholz auf dem Weg zu seiner Rede beim DGB-Kongress



Foto: Jörg Farys/DGB



Die Ukrainerin
Anastasia Gulej
beim DGB



Ich habe Stalin überlebt,
ich habe Hungersnot überlebt, und
ich habe Hitler überlebt.
Ich werde auch Putin überleben.“

„Ich werde auch Putin überleben“

Mit Anastasia Gulej kam der Krieg in der Ukraine und das Leid der Menschen den Delegierten beim DGB-Kongress besonders nah. Im Gespräch mit DGB-Bundesjugendsekretär Kristof Becker, erzählte die 96-Jährige von ihrem Leben. Anastasia Gulej überlebte den Zweiten Weltkrieg, Zwangsarbeit unter den Deutschen und die Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau und Bergen-Belsen. Seit vielen Jahren arbeitet sie als Zeitzeugin und berichtet vor allem jungen Menschen von den Gräueltaten der Nationalsozialisten. Nun zwang sie erneut ein Krieg, ihre Heimat zu verlassen und bei Freunden in Deutschland Schutz zu suchen. Ihre Zuversicht hat sie allerdings nicht verloren. Mit ihren 96 Jahren ist sie fest überzeugt: „Ich habe Stalin überlebt, ich habe Hungersnot überlebt, und ich habe Hitler überlebt. Ich werde auch Putin überleben.“

ANASTASIA GULEJ, geflüchtete
Ukrainerin

Quizfrage für den Arbeitsminister

Ausbildungsgarantie – Arbeitsminister Hubertus Heil hatte auf dem DGB-Bundeskongress das Wort kaum ausgesprochen, da wurde er auf der Bühne von der DGB-Jugend mit Plakaten umringt, auf denen Bilder wie Topf und Deckel, Eis und Strand zu sehen waren. Kai Reinartz vom Bundesjugendausschuss stellte dem Minister dann die Quizfrage: „Wir sehen hier Dinge, die ergeben ohneeinander keinen Sinn. Weißt du, was noch ohneeinander keinen Sinn ergibt?“ Hubertus Heil kannte die Antwort: Ausbildungsgarantie ohne Ausbildungsumlage. Um dem Arbeitsminister die Arbeit zu erleichtern, hatte die DGB-Jugend das passende Gesetz schon einmal formuliert und überreichte es ihm in Form eines Plakats. ■

Foto: Gordon Welters/DGB



DGB-Jugend überreicht dem Arbeitsminister das „Gute Ausbildung für alle“-Gesetz.



In Abneigung vereint

UKRAINE Die Gewerkschaften sind untereinander verfeindet, haben aber zwei gemeinsame Gegner: die russischen Truppen und die Politik von Präsident Wolodymyr Selenskyj.

Von **Stefan Scholl** (Moskau)

Bergarbeitergewerkschafter Nikolai Wolynko trägt stolz seine Orden, unter anderem „Bergarbeiterruhm“ 3. Grades und „Bergarbeiterheldenmut“ (l.); Gewerkschafterinnen beim Protest gegen die Einschränkung ihrer Rechte 2022 (r.)

Verhaftungswelle in Belarus

Im April haben die Sicherheitsorgane in Belarus 19 Aktivisten unabhängiger Gewerkschaften festgenommen, darunter auch Alexander Jaroschuk, den Vorsitzenden des Belarussischen Kongresses der demokratischen Gewerkschaften. Dabei wurden Büros und Privatwohnungen durchsucht. Die Hälfte der Festgenommenen kam nach zehntägiger Haft wieder frei, Jaroschuk und anderen aber drohen Gerichtsverfahren wegen politischem Extremismus. Menschenrechtler glauben, die Staatsmacht wolle mit der Verhaftungswelle die Gewerkschaften als eine der letzten Bastionen der Zivilgesellschaft vernichten und sich an ihren Aktivisten für die Unterstützung der Proteste gegen Staatschef Alexander Lukaschenko 2020 rächen.

Nikolai Wolynko erklärt das Risiko eines Arbeitskampfes in den prorussischen Separatistengebieten im Donbass in einfachen, klaren Worten: „Wer es versucht, läuft Gefahr, auf dem Keller zu landen“, sagt der Vorsitzende der Unabhängigen Gewerkschaft der Grubenarbeiter der Ukraine (UPGU). „Auf dem Keller“, das sind jene Gefängnisse der Separatisten, in denen auch Folter droht. Dass die ukrainischen Gewerkschaften untereinander verfeindet sind, macht die Sache nicht einfacher. „2016 wurde in der Zeche Tscheljuskinzew in Donezk vier Tage gestreikt“, erzählt Wolynko. „Aber dann hat Pawel Paschkow, der Chef der staatlichen Gewerkschaft, unsere Aktivisten verpöffen, sie landeten auf dem Keller, wurden dort bearbeitet, der Streik war erledigt.“ Jetzt befürchten Gewerkschafter in Kiew, Ähnliches könne sich in von Russland besetzten Gebieten auch anderswo abspielen.

Die Gewerkschaften in der Ukraine haben viele Feinde. Angefangen mit der Schattenwirtschaft: Mehr als 30 Prozent der ukrainischen Arbeitsverhältnisse stehen außerhalb der Legalität. Dazu kommt das Kartell der Oligarchen, die fast die gesamte Großindustrie kontrollieren, aber auch viele Beamte und Parlamentarier.

Vor allem aber sind die Gewerkschaften seit Jahrzehnten untereinander verfeindet. Den alten Berufsverbänden aus Sowjetzeiten stehen unabhängige Neugründungen in erbitterter Konkur-

renz gegenüber. Die einen haben sich als „Föderation der Gewerkschaften der Ukraine“ (FPU) zusammengetan, die anderen in der „Konföderation der freien Gewerkschaften der Ukraine“ (KVPU). Die Mitgliederzahl der FPU ist seit 1998 von 17,7 Millionen auf angeblich noch 4,8 Millionen abgestürzt, aber selbst diese Zahl scheint hoch gegriffen. Die FPU gibt sich politisch neutral, sympathisiert aber traditionell mit der prorussischen „Oppositionsplattform für das Leben“.

Dagegen gilt die KVPU als westlich orientiert, ihr Vorsitzender Michail Wolynez sitzt seit 2002 für den liberalpatriotischen „Block Julia Timoschenko“ im ukrainischen Parlament. Sein Verband zählt weniger als 170 000 Mitglieder, die sind allerdings weit aktiver als die FPU-Klientel. Die KVPU finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, die FPU aber hat die Immobilien, Erholungsheime und Hotels der Sowjetgewerkschaften geerbt, ebenso die Kontrolle über die staatliche Sozialversicherungskasse. Ein reicher Verband – nicht nur die KVPU wirft ihm Korruption vor.

Die Arbeitnehmerschaft selbst hält sich aus dem Konflikt zwischen den Gewerkschaften weitgehend heraus. Und es ist eine undankbare Aufgabe, etwa Kohlekumpel für Gewerkschaftsarbeit zu begeistern. „Du schlägst einem vor, Mitglied zu werden, aber er fragt dich: Und was hab ich davon? Ich antworte immer: Viel Kopfschmerzen, dafür die Möglichkeit, die eigenen Interessen gegen die Grubenleitung zu verteidigen“, erzählt



Foto: TUESWU

Auf tönernen Füßen

„Bei den großen politischen Entwicklungen der Ukraine in den letzten Jahren konnten die Gewerkschaften keine eindeutige Position beziehen.“

„Durch persönliche Verwicklungen in das politische Geschäft verlieren die Gewerkschaften an Glaubwürdigkeit und werden oft als Teil der korrupten politischen Eliten wahrgenommen.“

„Grundsätzlich sehen sich die Gewerkschaften in der Ukraine eher neoliberalen Tendenzen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik gegenüber, auch bedingt durch die Abhängigkeit von internationaler Hilfe. Hier müssen die Gewerkschaften zu einer konsolidierten Position kommen, wenn sie tatsächlich Einfluss auf die politischen Entscheidungsprozesse nehmen wollen.“

Zitate aus: Marcel Röthig/Kateryna Yarmolyuk-Kröck: **Ukraine**. Gewerkschaftsmonitor. FES Briefing. Friedrich-Ebert-Stiftung, April 2021

Bergarbeitergewerkschafter Nikolai Wolynko. „Unsere Leute verstehen unter Gewerkschaft vor allem organisierten Urlaub am Meer und Neujahresgeschenke für die Kinder.“ Eine Arbeitnehmervertretung, die aktive Mitarbeit verlangt, sei für viele noch immer undenkbar. „Die ehemaligen Sowjetgewerkschaften haben deshalb etwa dreimal so viel Mitglieder wie die Unabhängigen.“

Jetzt aber gibt es vor allem in der Ostukraine erbitterte Artilleriegefechte, ein Großteil der Industriebetriebe dort liegt schon in Trümmern. Auch angesichts des zu erwartenden Sturzes des Bruttoinlandsproduktes um 35 Prozent ist es nicht die Zeit, um über betriebliche Mitbestimmung zu streiten.

Kündigungen jederzeit möglich

Allerdings sind die russischen Truppen nicht der einzige gemeinsame Feind der konkurrierenden Gewerkschaften. Die Regierung des wirtschaftlich neoliberal ausgerichteten Präsidenten Wolodymyr Selenskyj und seine Partei „Diener des Volkes“ sind unter ukrainischen Gewerkschaftern weit unpopulärer als bei westlichen Journalisten.

Nach ihrem Wahlsieg 2019 hatte Selenskyjs Mehrheitsfraktion im Parlament eine Neufassung des Arbeitsrechts eingebracht, gegen die sowohl FPU als auch KVPU protestierten. Die Novelle wurde 2021 trotzdem verabschiedet und im März, als schon russische Panzer durch die Ukraine rollten, durch weitere Neuerungen auf

Kosten der Arbeitnehmer ergänzt, die allesamt in scharfem Widerspruch zu EU-Recht stehen. Im Ergebnis dürfen die Unternehmer Tarifverträge einseitig kündigen, die bisher notwendige Zustimmung des Betriebsrats zu jeder Entlassung wurde gestrichen. Auch Kündigungen wegen Abwesenheit, Krankheit oder Urlaub sind jetzt möglich. Gewerkschaften sollen zu bloßen Organen der „Bürgerkontrolle“ degradiert werden und die Einhaltung des Gesetzes überwachen. Der KVPU-Vorsitzende Michail Wolynez kommentierte die Verabschiedung des Gesetzes mit den Worten, dass es „den Arbeitgebern freie Hand lässt und die Rechte der Arbeitnehmer untergräbt“.

In zweiter Lesung liegt dem Parlament jetzt ein weiteres Gesetzesvorhaben vor, das Kündigungen schon erlaubt, wenn der Unternehmer „dem Arbeitnehmer die notwendigen Arbeitsbedingungen in Kriegszeiten nicht gewährleisten kann“ – eine sehr dehnbare Formulierung. Beschäftigte in kleinen und mittleren Unternehmen – das sind mehr als zwei Drittel der ukrainischen Arbeitnehmerschaft – sollen künftig nicht mehr unter das geltende Arbeitsrecht fallen, sondern individuelle Verträge mit ihrem Arbeitgeber abschließen. „„Diener des Volkes“ neigte schon immer zu hastigen, unbedachten Entscheidungen“, sagt der Kiewer Publizist Dmitry Durnev. „Das könnte die Partei und Selenskyj politisch noch teuer zu stehen kommen.“ ■

Freiraum für die Forschung

AUSZEICHNUNG Zum fünften Mal schenkt die Hans-Böckler-Stiftung mit dem Maria-Weber-Grant herausragenden Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler mehr Zeit für ihre wissenschaftliche Arbeit.

Foto: Johanna Lehr



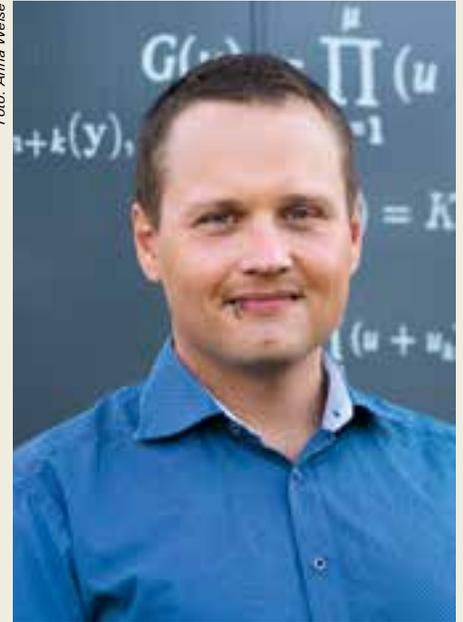
Anna Wehofsits

Foto: Frank Rumpfenhorst



Svenja Flechtner

Foto: Anna Weise



Siegfried Beckus

Svenja Flechtner erforscht soziale und ökonomische Ungleichheit. Anna Wehofsits sucht nach einer neuen Ethik der Selbsttäuschung. Und Siegfried Beckus will die Geheimnisse von Quasikristallen lüften. Was die drei in ihrer Forschung umtreibt, könnte weiter kaum auseinanderliegen. Doch eines haben alle gemeinsam: Sie stecken in dem, was man die Rushhour des akademischen Lebens nennen kann.

Wer nach der Doktorarbeit weiter eine universitäre Karriere anstrebt, hat vor allem eins: zu wenig Zeit. Postdocs müssen so viel wie möglich forschen und publizieren, zugleich aber oft Lehr- und Verwaltungsaufgaben an der Hochschule erfüllen. Um herausragende Nachwuchswissenschaftler zu entlasten, finanziert die Hans-Böckler-Stiftung mit dem Maria-Weber-Grant deshalb bis zu zwölf Monate lang eine Teilvertretung für

die Lehre. Jetzt wurde die Auszeichnung zum fünften Mal vergeben.

Die Ökonomin Svenja Flechtner untersucht unter anderem, wie Einkommensunterschiede von Männern und Frauen dadurch beeinflusst werden, dass sie sich nach dem Abitur für unterschiedliche Karrierewege entscheiden, und welche Faktoren bei dieser Entscheidung eine Rolle spielen. „Mich treibt die Hoffnung an, die Welt durch die Analyse von gesellschaftlich relevanten Problemen ein kleines bisschen besser zu machen“, sagt die Juniorprofessorin für Plurale Ökonomik an der Universität Siegen.

Gut dosierte Überschätzung

Mit der erstaunlichen menschlichen Fähigkeit, sich etwas vorzumachen, beschäftigt sich die Philosophin Anna Wehofsits. Die Akademische Rätin auf Zeit an der Ludwig-Maximilians-Universität München analysiert, wie

eine durch Selbsttäuschung eingeschränkte Urteils- und Handlungsfähigkeit soziale Ausgrenzung begünstigen oder zur Verbreitung von Verschwörungserzählungen beitragen kann. Sie wertet aber auch psychologische Studien aus, die zu einem freundlicheren Urteil kommen: „Eine gut dosierte Überschätzung der eigenen Fähigkeiten und Zukunftsaussichten kann zu seelischer Stabilität beitragen“, erklärt Wehofsits.

Der Mathematiker Siegfried Beckus will die Strukturen einer besonderen Art von Feststoffen entschlüsseln, der sogenannten Quasikristalle. Ihn erinnere das alles oft an Kunst, sagt der wissenschaftliche Mitarbeiter an der Universität Potsdam. „Auch hinter einem Ornament oder einer Parkettierung verstecken sich ja verschiedenste mathematische Zusammenhänge, die diese Muster so ästhetisch auf uns wirken lassen.“ ■

Von Joachim F. Tornau

FORSCHUNGSFÖRDERUNG

Kompetenz für die Klimawende

Foto: Carmen Molitor



Das Auftakttreffen fand als hybride Veranstaltung statt.

Ein neuer Forschungsverbund soll die Kompetenz der Hans-Böckler-Stiftung für Fragen rund um die sozialökologische Transformation stärken. Er hat im Mai seine Arbeit aufgenommen mit dem Ziel, Wissen für einen demokratischen und fairen Umbau der Wirtschaft bereitzustellen. „Wir sind sehr froh, dass es losgeht. Das Thema ist an Dringlichkeit kaum zu überbieten“, sagte Christina Schildmann, Leiterin der Abteilung Forschungsförderung. Neun externe, von der Stiftung geförderte Forschungsprojekte fasst der Verbund zusammen. Die Inhalte reichen von der Rolle von Betriebsräten in Innovationsprozessen über die Umstellung der Stahlindustrie auf grünen Wasserstoff bis zu Fragen nach Verteilungs-, Wachstums- und Umwelteffekten politischer Maßnahmen. Ein Projekt ist ein Monitoring zum „aktuellen Stand zur sozialökologischen Forschung“.

www.boeckler.de/de/sozial-oekologische-transformation-39494.htm

STUDIENFÖRDERUNG

Weltweites Stipendienangebot

Die Hans-Böckler-Stiftung bietet erstmals Stipendien für ausländische Promovierende an. Sie richten sich an Interessenten, die ihre Forschungsarbeit mit einem Aufenthalt in Deutschland verbinden wollen. Das Dieter-Schumacher-Stipendium ermöglicht Promovierenden der Wirtschaftswissenschaften einen 12- bis 24-monatigen Aufenthalt an einer deutschen Hochschule oder Forschungseinrichtung. Das Ute-und-György-Széll-Stipendium ermöglicht Promovierenden der Sozial- und Geisteswissenschaften einen Aufenthalt für sechs Monate.

<https://www.boeckler.de/de/international-scholarships-33846.htm>

PERSONALIA

BAG-Richterin

Foto: Hans-Böckler-Stiftung



Johanna Wenckebach gehört auf Vorschlag der IG Metall jetzt als ehrenamtliche Richterin einem Senat des Bundesarbeitsgerichts (BAG) an. Die HSI-Leiterin arbeitet im Siebten Senat. Er ist zuständig

für Beendigungen oder Änderungen von Arbeitsverhältnissen aufgrund von Befristung oder aufgrund des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsrecht und Verfahren von Schwerbehindertenvertretungen.

Referentin am WSI

Foto: Karsten Schöne



Serife Erol-Vogel ist seit Mai Referentin am WSI und arbeitet in einem Forschungsprojekt zu den Arbeitsbedingungen und Arbeitsbeziehungen in der Fleischindustrie. Sie war von Mai 2018 bis April 2022

Doktorandin am WSI und promovierte an der Ruhr-Universität Bochum zum Thema Weiterbildungsverhalten und Arbeitsorientierungen von Beschäftigten.

Vergütungs-Experte

Foto: Karsten Schöne



Navid Armeli hat im Mai die Leitung eines Wirtschaftsreferats im I.M.U. übernommen und tritt die Nachfolge von Marion Weckes an. Er wird Aufsichtsräte beraten und qualifizieren, vor allem zu Fragen der

Vorstandsvergütung und der Qualifizierung. Armeli war zuletzt Trainee bei der Europäischen Zentralbank, hat aber bereits früher für das I.M.U. gearbeitet.

Thema: Branchen

STIFTUNG Was sind die besonderen Herausforderungen einer Branche? Wie entwickeln sich einzelne Zweige der Wirtschaft, wo entstehen neue? Wie kann die Transformation gelingen? Überall in der Stiftung wird an diesen Fragen gearbeitet.

Von Kay Meiners



MAXI LEUCHTERS befasst sich im I.M.U. mit Unternehmensrecht und Corporate Governance, speziell mit der Unternehmensmitbestimmung in Banken und Versicherungen sowie mit dem Europäischen Gesellschaftsrecht.



JOHANNES HÖLLER forscht als Doktorand am HSI zu einer neuen Branche: Plattformarbeit. Er untersucht Rechtsfragen kollektiven Handels von Plattformbeschäftigten.



OLIVER EMONS ist im Institut für Mitbestimmung und Unternehmensführung der Hans-Böckler-Stiftung (I.M.U.) unter anderem zuständig für die Branchenmonitore, die regelmäßig aktualisiert werden.



ALEXANDER SEKANINA unterstützt im I.M.U. Arbeitnehmervertreter bei Übernahmeprozessen. Zu seiner Arbeit gehören Fallstudien über die Aktivitäten von Private-Equity-Investoren, etwa im Gesundheitswesen oder in der Nahrungsmittelindustrie.



AMELIE SUTTERER-KIPPING forscht am HSI unter anderem zu Soloselbstständigen. Erst im Februar hat sie im Magazin über ein Reformpaket der EU-Kommission für Soloselbstständige berichtet.

Fotos: Karsten Schöne (01, 02, 06, 08); Frank Rumpfenhorst (04); Ulrich Baatz (03); Franziska Schäfer (05); Stephan Pramme (09); HBS (07)

EIKE WINDSCHEID betreut in der Abteilung Forschungsförderung Projekte zur Pflege, darunter zur Wiedergewinnung ausgestiegener Pflegekräfte, und zu den Arbeitsbedingungen in Pflegeberufen.



SABRINA HELLFEIER ist für die Branchenstudien der Abteilung Forschungsförderung zuständig.



OLGA TIMOCHIN organisiert in der Abteilung Studienförderung zusammen mit dem HSI ein Seminar zur digitalen Disruption. Dazu gehört auch die Werkbesichtigung beim weltweit größten LKW-Montagewerk der Daimler Truck AG in Wörth.



SASKIA FREYE betreut in der Abteilung unter anderem ein Projekt zu aktuellen Veränderungen in der Baubranche.

Die Formen der Zusammenarbeit in der Hans-Böckler-Stiftung sind komplex und vielfältig. Dieses Format stellt ausschnitthaft und ohne Anspruch auf Vollständigkeit Beschäftigte vor, die an einem Querschnittsthema arbeiten.

DURCHBLICK

BRANCHENMONITORE



Ob Wohnungswirtschaft, Back- und Teigwaren- oder die Flachglasindustrie: Die Branchenmonitore

aus dem I.M.U. geben einen grafisch orientierten Kurzüberblick über wesentliche strukturelle, konjunkturelle und sonstige Entwicklungen in einer Branche – kompakt auf 15 bis 20 Seiten. Sie liefern Informationen zur Wettbewerbslage, Beschäftigungssituation, Nachhaltigkeit und zu aktuellen Themen in einer Branche. Zielgruppe sind Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten und Betriebsräten.

SPOTLIGHT AUFS KRANKENKAUS

In der Coronakrise wurde vielen bewusst, wie knapp das Personal in unseren Krankenhäusern bemessen ist. Michael Simon, ehemals Professor an der Hochschule Hannover, wirft in dieser aktuellen Studie der Hans-Böckler-Stiftung einen Blick auf die Situation auf den Intensivstationen, einem besonders neuralgischen Punkt der Gesundheitsversorgung. Sein Fazit: „In weiten Bereichen des Pflegedienstes der Intensivstationen herrscht seit Langem eine dramatische Unterbesetzung und chronische Arbeitsüberlastung.“

www.boeckler.de/fpdf/HBS-008331/p_study_hbs_474.pdf

BRANCHENANALYSEN



Die branchenbezogenen Analysen aus der Abteilung Forschungsförderung analysieren Trends bei Innovationen und neuen Produkten, Arbeitsbedingungen und Qualifizierungserfordernissen sowie die Rolle und Einflussmöglichkeiten der Interessenvertretungen. Im vergangenen Jahr neu erschienen sind Analysen zur Aluminiumindustrie, zur Leder- und Schuhindustrie und zum Textilmaschinenbau.



Mit der Forschung über Armut wuchs Ute Klammers politisches Bewusstsein.

ALTSTIPENDIATEN DER STIFTUNG

Die Institutsleiterin

UTE KLAMMER leitet das Institut für Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen.

Von Carmen Molitor – Foto Thomas Range

Eine wissenschaftliche Karriere schloss Ute Klammer als junge Studentin aus. Zu starr erschienen ihr die Strukturen. Heute ist sie Professorin für Soziologie mit Schwerpunkt Sozialpolitik und leitet an der Universität Duisburg-Essen gleich zwei wissenschaftliche Einrichtungen: das renommierte Institut für Arbeit und Qualifikation (IAQ) und das Deutsche Institut für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung (DIFIS), das gerade aufgebaut wird.

Ute Klammer gefällt vieles an ihrer Arbeit: die Forschung zu Themen wie Rente, Gleichstellung und soziale Sicherung voranzubringen, ihre Studienergebnisse in die Politik und die Öffentlichkeit zu tragen und junge Wissenschaftlerinnen zu fördern. Manchmal frustrieren sie die Uni-Strukturen allerdings. „Es läuft so einiges völlig falsch“, analysiert Klammer. Als Direktorin muss sie sich ständig mit administrativen Hürden herumschlagen wie etwa einem komplizierten Vergaberecht. Sie würde dem Uni-Nachwuchs gerne verlässliche Perspektiven bieten, doch die befristeten Projekte und Vorgaben des Gesetzgebers machen es ihr unmöglich.

Klammer selbst wurde als junge Wissenschaftlerin von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert, als sie an der Uni Frankfurt bei Richard Hauser in Volkswirtschaft promovierte und Mitglied seines Forschungsprojekts „Alterssicherung in der Europäischen Gemeinschaft“ wurde. Während der Arbeit an ihrer Dissertation, die sie mit

summa cum laude abschloss, wuchs ihr politisches Bewusstsein. „Wenn man zur Sozialpolitik, zu sozialer Verteilung und zur Armut forscht, dann wird man einfach politisiert“, sagt sie. Das verstärkte sich noch, als sie die Uni verließ und als Referatsleiterin für Sozialpolitik am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der



Foto: privat

Ute Klammer als Stipendiatin

Hans-Böckler-Stiftung arbeitete. Sie befasste sich mit einer Vielzahl von Themen, legte neue Schwerpunkte auf Gender-Fragen, die Probleme erwerbstätiger Mütter und arbeitsmarktpolitische Konzepte, die Flexibilisierung der Arbeit und Sicherheit der Beschäftigung vereinen.

Klammer wurde als Nachfolgerin der damaligen Geschäftsführerin Heide Pfarr gehandelt. Um sich aussichtsreich bewerben zu können, brauchte sie einen Professorentitel. Dafür verließ sie die Stiftung und

übernahm zunächst eine Fachhochschulprofessur an der Hochschule Niederrhein. Der Hans-Böckler-Stiftung blieb sie als Vertrauensdozentin verbunden, aber zurück kehrte sie nicht.

2008 wechselte sie stattdessen an die Uni Duisburg-Essen und widmete sich einem ihrer Herzensthemen: der Gleichstellung. „Ich war die erste deutsche Prorektorin, die für Diversity-Management zuständig war und dieses Thema seitens der Hochschulleitung in einer großen Universität verankert hat“, erzählt Klammer.

Dass ihr das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse verliehen wurde, hat sie mehr berührt, als sie von sich selbst erwartet hätte. Es ist vor allem eine Wertschätzung ihrer wissenschaftlichen Politikberatung. So leitete sie unter anderem die erste Gleichstellungskommission und übernahm 2022 den Vorsitz des Sozialbeirats der Bundesregierung – als erste Frau, seit Konrad Adenauer das Gremium 1958 einführte.

Ihr Rat als Wissenschaftlerin wird gehört, aber manchmal vermisst Ute Klammer die Konsequenzen: „Bestimmte Themen treiben wir schon lange wie Kühe durchs Dorf, und es tut sich nichts“, ärgert sie sich. Einer dieser Dauerbrenner: Minijobs. Die Ampelkoalition will die Verdienstgrenzen dafür sogar erneut anheben. „Wo wir doch seit vielen Jahren, belegt durch empirische Studien, zeigen, dass der Minijob-Sektor eine Falle vor allem für verheiratete Frauen ist!“ Sie wird da noch viel Überzeugungsarbeit leisten müssen. Das ist sie gewohnt. ■

Foto: Möbelmuseum Steinheim



Schuften und Chillen

Warum arbeiten wir? Wie arbeiten wir? Die Ausstellung „Vom Schuften und Chillen“ spürt dem Wandel der Arbeit nach, fragt nach Ängsten, Hoffnungen und Perspektiven. Einer der Höhepunkte unter den rund 100 Exponaten ist die Streitschrift des Utopisten Paul Lafargue, der im Jahr 1880 das „Recht auf Faulheit“ propagierte.

Bis 30. Oktober in der Zeche Hannover
<https://zeche-hannover.lwl.org/de/ausstellungen/schuften-und-chillen/>

Gute Arbeit in der Transformation



Zur Labora 2022 will die Hans-Böckler-Stiftung in diesem Jahr zusätzlich zu den digital zugeschalteten Teilnehmerinnen und Teilnehmern 250 Präsenzgäste im Café Moskau in Berlin begrüßen. Transformation und Nachhaltigkeit stehen im Zentrum der Diskussionen: Wie können wir im Jahrzehnt der Transformation, angestoßen durch Klimawandel, Globalisierung, Digitalisierung und demografischen Wandel, Gute Arbeit bewahren und ausbauen? Wie kann der Umbau unserer Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensweise in Richtung Nachhaltigkeit gelingen? ■

21. September in Berlin
Elisabeth Botsch/Lisa Schrepf,
Hans-Böckler-Stiftung
Telefon: 02 11/77 78-654
lisa-schrepf@boeckler.de

Zehn Jahre HSI

Zweimal musste das Jubiläum des Hugo Sinzheimer Instituts für Arbeitsrecht der Hans-Böckler-Stiftung pandemiebedingt verschoben werden, doch nun kann der Anlass endlich gebührend gefeiert werden. In Plenarvorträgen, Podiumsdiskussionen und Panels adressiert der Kongress „Gewerkschaftsrechte heute“ Fragen, die sich vor dem Hintergrund einer Arbeitswelt im Wandel stellen.

Am 23. und 24. Juni in Berlin
Bastian Manche, Hans-Böckler-Stiftung
Telefon: 02 11/77 78-333
bastian-manche@boeckler.de

Fachtagung Grundsicherung

Auf der Fachtagung „Grundsicherung weiterdenken!“ stehen Entwicklungsperspektiven für eine bessere Grundsicherung im Fokus. Soziale Sicherungssysteme und öffentliche Infrastrukturen stehen vor neuen Herausforderungen.

Am 21. Juni in Düsseldorf
Katharina Jakoby, Hans-Böckler-Stiftung
Telefon: 02 11/77 78-124
katharina-jakoby@boeckler.de

Sommerakademie

Die diesjährige Sommerakademie der Begabtenförderungswerke steht unter der Leitfrage „Demokratie im Wandel – auf dem Weg zu einer neuen globalen Ordnung?“ Vor allem die Themen Klima, Demokratie und Demografie werden im Fokus der Diskussion unter den Stipendiatinnen und Stipendiaten stehen.

28. August bis 4. September in Heidelberg
Manuel Oppenberg,
Hans-Böckler-Stiftung
Telefon: 02 11/77 78-160
manuel-oppenberg@boeckler.de

Betriebsrätekonferenz Leiharbeit

Zum fünften Mal laden das DGB Bildungswerk BUND und die DGB Tarifgemeinschaft Leiharbeit zur bundesweiten Betriebsrätekonferenz Leiharbeit. Angesprochen sind Betriebsräte aus Verleih- und Entleihbetrieben, die sich zu aktuellen Fragestellungen und Perspektiven ihrer Betriebsratsarbeit informieren und sich vernetzen möchten.

29. bis 30. September in Berlin
Informationen zur Anmeldung in der nächsten Ausgabe an dieser Stelle

ZUR SACHE DARÜBER SOLLTEN WIR REDEN



Foto: Bianka Huber



Nun sollen die EU-Mitgliedstaaten es richten.“

ERNESTO KLENGEL kommentiert eine aktuelle Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs zur zeitlichen Begrenzung von Leiharbeit.

An Leiharbeit scheiden sich seit vielen Jahren die Geister. Vor allem die Frage, wann ein vorübergehender Einsatz endet und eine Dauerbeschäftigung beginnt, lässt sich trotz gesetzlicher und tarifvertraglicher Vorgaben oft nicht eindeutig beantworten. Darüber entschied nun auch der Europäische Gerichtshof (EuGH). In seinem Urteil erkannte er zwar an, dass überlange Einsätze ein Rechtsmissbrauch sein können, einen konkreten Rahmen nannte er jedoch nicht. Wie Beschäftigte eingesetzt werden dürfen und wie gegen Verstöße vorgegangen werden kann, müssen Gesetzgeber und Gerichte in den Mitgliedstaaten entscheiden.

Im vorliegenden Fall hatte ein Leiharbeiternehmer über vier Jahre im Berliner Mercedes-Werk gearbeitet. Aus seiner Sicht war dies eine unzulässige Dauerüberlassung. Er klagte mithilfe des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes auf eine Festanstellung bei Daimler.

Der EuGH hatte anhand der 2010 in Kraft getretenen EU-Richtlinie über Leiharbeit zu entscheiden, ob das deutsche Arbeitsrecht den Bestimmungen des EU-Rechts entspricht. Die Richtlinie charakterisiert Leiharbeit als „vorübergehend“. In Deutschland gilt seit der Reform des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) 2017 eine Grenze von 18 Monaten je Einsatz.

Allerdings können Leiharbeitsbeschäftigte unter bestimmten Bedingungen auch legal über längere Zeit bei einem Entleiher arbeiten. Dies wurde sogar in Tarifverträgen geregelt. Ein Argument lautet: Wenn Leiharbeiternehmer ständig den Einsatzbetrieb wechseln, kommen sie nicht in den Genuss der tariflichen oder gesetzlichen Gleichstellung mit Festangestellten, denn sie greift oft erst nach einer gewissen Beschäftigungszeit beim Entleiher. Daher können sie sich mit einem längeren Einsatz unter gewissen Umständen besserstellen. Ganz unumstritten sind solche Regeln nicht, denn lange Einsätze verfestigen Leiharbeit, die nicht mehr nur für Auftragspitzen oder Vertretungen eingesetzt wird.

Überlassungsketten von wechselnden Leihbeschäftigten könnten jedoch recht einfach verhindert werden. Die Begrenzung der Einsatzzeit dürfte nicht mehr an den Einsätzen einzelner Leiharbeiternehmer anknüpfen, sondern an der Nutzung von Leiharbeit auf einem bestimmten Arbeitsplatz. Eine Leiharbeiternehmerin dürfte dann nach Ende ihres Einsatzes nicht mehr durch eine andere ersetzt werden; der Arbeitgeber müsste reguläre Beschäftigungsverhältnisse schaffen.

In seinem Urteil zum Daimler-Verfahren schloss sich der Europäische Gerichtshof diesen Argumenten nicht an, sondern betonte

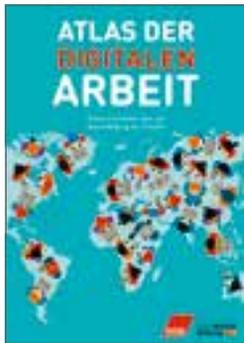
die Autonomie der Mitgliedstaaten. All jene, die im Sinne eines sozialen Europas auf stabile, EU-weite soziale Standards zur Eindämmung prekärer Beschäftigung setzen, dürften damit enttäuscht sein, zumal dem Gerichtshof in der Vergangenheit im Bereich der wirtschaftlichen Freiheiten weitaus detailreichere Entscheidungen gelungen sind. Doch genau besehen, könnte das Urteil langfristig dennoch Positives bewirken. Denn immerhin hat der Gerichtshof dem Bundesarbeitsgericht für die abschließende Entscheidung ein Werkzeug gegeben, überlange Überlassungszeiten zu begrenzen, ähnlich wie dies im Bereich von Kettenbefristungen bereits geschehen ist.

Darüber hinaus wird die EU noch in diesem Jahr über den sogenannten Gleichstellungsgrundsatz entscheiden. Dieser besagt eigentlich eine Selbstverständlichkeit: Leiharbeiternehmer sind mit der Stammbesellschaft im Einsatzbetrieb gleich zu behandeln. Dieser Grundsatz hat jedoch mehrere Ausnahmen. Wie weitreichend von ihnen Gebrauch gemacht werden kann, wird demnächst auf der Tagesordnung des Gerichtshofs stehen. ■

ERNESTO KLENGEL ist Arbeitsrechtler am Hugo Sinzheimer Institut für Arbeitsrecht der Hans-Böckler-Stiftung.

Nichts bleibt, wie es ist

TECHNIK Der „Atlas der digitalen Arbeit“ gibt einen Überblick über die wichtigsten Digitalisierungstrends. Der Veränderungsdruck auf Wirtschaft und Gesellschaft ist enorm.



Auch wenn die Illustration auf dem eisblauen Umschlag eine Weltkarte mit allen fünf Erdteilen zeigt: Der „Atlas der digitalen Arbeit“, den die Hans-Böckler-Stiftung gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund herausgegeben hat, konzentriert sich bei der Vermessung der digitalen Arbeitswelt auf Europa und

Deutschland. Es ist ein Atlas, der keine Karten braucht. Gut verständliche Texte und Infografiken genügen, um die Perspektiven der Digitalisierung aus der Sicht der Beschäftigten zu beschreiben. Eine Stärke des Werkes ist, dass nicht nur nackte Zahlen präsentiert werden. Es werden stets auch die Defizite, Ungerechtigkeiten und Risiken diskutiert, die mit dem Einsatz der neuen Technik einhergehen. In vielen Beiträgen werden Forderungen an die Politik formuliert – oder Möglichkeiten aufgezeigt, durch Betriebsvereinbarungen die Rechtsposition der Beschäftigten zu verbessern.

Der Veränderungsbedarf durch die Digitalisierung ist gewaltig – in der Wirtschaft wie in der Gesellschaft. „Das deutsche Produktions- und Sozialmodell steht vor einer historischen Herausforderung“, schreiben die Autoren. Ein drastisches Beispiel ist die Autoindustrie, nach Beschäftigung, Wertschöpfung, Forschungsausgaben und Investitionen eine der wichtigsten Branchen in Deutschland, die rund 2,2 Millionen Arbeitsplätze sichert. Jetzt steht sie nicht nur vor der großen Aufgabe, die Antriebstechnik ihrer Produkte schnellstmöglich zu elektrifizieren, zugleich verändern sich das Mobilitätsverhalten, die politischen Rahmenbedingungen und die Geschäftsmodelle.

Die Autobauer müssen sich neu erfinden, wenn sie überleben wollen, die Beschäftigten haben aber ein Interesse am Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Als Strategie schlagen die Autoren vor, „die digitale Transformation mit ökonomischer, sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit zu verknüpfen. Beschäftigungssicherung und ‚Gute Arbeit‘ würden so zu Leitplanken

der Transformation“. Sie weisen darauf hin, dass die Mitbestimmungsrechte ausgebaut werden müssen. Nur dort, wo Betriebsräte sind, kann eine faire und sozial gerechte digitale Transformation gelingen. Damit das kein Wunschdenken bleibt, ist die Mitbestimmung in der Praxis genauso gefordert wie die Politik.

Der Atlas behandelt ferner den „ungleichen Digitalisierungsschub“, den die Coronapandemie mit sich brachte, die Datenschutzprobleme, die durch Cloud-Computing entstehen, oder die fortgesetzte berufliche Benachteiligung von Frauen, mitverursacht durch eine Berufswahl, die teilweise immer noch festen Rollenbildern folgt. Hier und da wünschte man sich eine stärker globale Perspektive. An manchen Stellen der Veröffentlichung scheint durch, dass Themen entlang der Zuständigkeiten der DGB-Gewerkschaften gewählt wurden – etwa, wenn (Überschrift: „Gebremste Alarmfahrt“) über die zunehmende Cyberkriminalität im Land und Digitalisierungsdefizite bei der Polizei berichtet wird.

Doch den Gesamteindruck, dass hier über Branchengrenzen hinweg aktuelle Trends beschrieben und tiefe Suchschnitte durch eine Wirtschaft im Umbau gelegt werden, schmälern solche Zugeständnisse an die Organisationslogik nicht. Wer sich für die verwendeten Quellen interessiert oder tiefer in die Materie einsteigen will, findet auf den letzten Seiten des Atlanten eine umfangreiche Linkliste, die allen Ansprüchen an die wissenschaftliche Zitierweise genügt. ■

Von Dirk Manten

Deutscher Gewerkschaftsbund/Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.): **Atlas der digitalen Arbeit**. Daten und Fakten über die Beschäftigung der Zukunft. Berlin, 2022. Kostenloser Download und Bestellungen unter www.boeckler.de/atlas-der-arbeit

Fazit

FAKTEN, MIT DENEN MAN FÜR EINE BESSERE ARBEITSWELT STREITEN KANN

Bedeutsamer Ansatz



Bedingungsgebundene Tarifarbeit hat es zu einiger Prominenz gebracht. Dabei wird die Aufnahme von Tarifverhandlungen an ein Mindestmaß gewerkschaftlicher Stärke geknüpft. Nun liegt mit Thiels flüssig geschriebenem Buch erstmals ein umfassender Überblick über diesen Ansatz zur Erlangung gewerkschaftlicher Mächtigkeit und seine Varianten in der gewerkschaftlichen Praxis vor. Der Autor zeigt, dass er sich um einen bedeutsamen Baustein gewerkschaftlicher Erneuerung

handelt, der zugleich nicht beansprucht, die umfassende Lösung für die Organisationsprobleme der Gewerkschaften zu liefern. Eine aussichtsreiche Weiterentwicklung könnte, so Thiel, in der Kombination von Elementen bedingungsgebundener Tarifarbeit mit partizipativen und gesellschaftsbezogenen Ansätzen des Organizing liegen. ■

Von Heiner Dribbusch

Marcel Thiel: **Wieder mächtig werden.** Gewerkschaftliche Erneuerung durch bedingungsgebundene Tarifarbeit? Frankfurt, Campus-Verlag 2022

Bibel für Mitbestimmer



Das Betriebsverfassungsgesetz regelt die Wahl von Betriebsräten oder klärt Begriffe wie „Restmandat“ oder „Übergangsmandat“. Wer sich in der Mitbestimmung engagiert, kommt ohne das Paragrafenwerk nicht aus. Doch nicht immer erschließt sich dem Laien, was die Vorschriften in der Praxis bedeuten. Hier hilft der „Kommentar für die Praxis“, der in 18. Auflage erschienen ist. Juristische Experten aus Wissenschaft und Gewerkschaft erläutern die Hintergründe und die Anwendung der

Paragrafen im Betrieb. Dabei beziehen sie sich auf aktuelle Rechtsprechung und Wissenschaftsliteratur. Die neue Auflage erklärt, was das Betriebsrätemodernisierungsgesetz ändert. Ein hilfreiches Nachschlagewerk für alle, die im Betrieb das Recht auf ihrer Seite brauchen. ■

Von Daniel Hay

Wolfgang Däubler/Thomas Klebe/Peter Wedde (Hrsg.): **BetrVG.** Betriebsverfassungsgesetz. Kommentar für die Praxis, 18., überarbeitete und aktualisierte Auflage. Frankfurt, Bund-Verlag 2022

DREI FRAGEN AN SEBASTIAN KUBON



Sebastian Kubon ist Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Hamburg und Mitautor des Buchs „#IchBinHanna“.

Wer ist Hanna?

Eine virtuelle Doktorandin in einem Erklärfilm des Bundesbildungsministeriums, die prekäre Beschäftigung in der Wissenschaft geradezu anpreist. Es sei so schön flexibel, stets mit neuen Verträgen zu arbeiten. Amrei Bahr, Kristina Eichhorn und ich arbeiten seit Jahren an Universitäten und finden die Zustände untragbar. So entstanden der Twitter-Hashtag #IchBinHanna und nun ein Buch. Darin erklären wir, was passieren müsste, damit nicht jedes Jahr Tausende Hochqualifizierte unfreiwillig aus dem System fliegen.

Worauf beruht das derzeit praktizierte Verfahren?

Auf dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz. Es ermöglicht, wissenschaftliche Mitarbeiter sechs Jahre vor und nach der Promotion befristet zu beschäftigen. Wer dann keine Professur hat, muss die Wissenschaft verlassen. Dank mehr als 135 000 Tweets und der Unterstützung von GEW und Verdi ist nun aber endlich Druck in der Debatte.

Warum arbeiten ausgerechnet Hochqualifizierte so?

Wissenschaftsorganisationen, -manager und überwiegend männliche Lehrstuhlinhaber betonen seit den 1960er Jahren, für Innovation brauche es stets wechselndes Personal. So konnten sie ein Sonderbefristungsrecht durchsetzen, das in der Industrie undenkbar wäre. Und das, zu Ende gedacht, bedeutet: Wer eine lebenslange Professur hat, trägt zur Gesellschaft nichts Neues mehr bei. Absurd!

Die Fragen stellte Jeanette Goddar.

Bekannt, aber unerhört



Pflegekräfte schreiben Brandbriefe an ihre Geschäftsführung, berichten anonym über Beinahekatastrophen und darüber, wie sie täglich über ihre eigenen Grenzen gehen. Viele ziehen die Notbremse und kehren dem Beruf den Rücken. Da liegt die Frage nahe, unter welchen Bedingungen sie zurückkehren würden. Genauso wie

die Antwort: unter besseren. Forscherinnen und Forscher haben diese Frage rund 12.700 Pflegekräften gestellt, die entweder ausgestiegen sind oder in Teilzeit arbeiten. Mehr als 60 Prozent würden in ihren Beruf zurückkehren, wenn die Arbeitsbedingungen sich verbessern. Knapp 50 Prozent der Teilzeitpflegekräfte würden unter besseren Voraussetzungen durchschnittlich zehn Stunden mehr pro Woche arbeiten. Daraus ergibt sich laut Studie ein Potenzial von mindestens 300.000 Pflegekräften.

Die Studie, die von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert wurde, ist eine gemeinsame Arbeit der Arbeitnehmerkammer Bremen, der Arbeitskammer im Saarland und des Instituts Arbeit und Technik (IAT) der Westfälischen Hochschule in Gelsenkirchen. In den Prioritäten der Befragten spiegeln sich auch die Mängel des Gesundheitssystems. Mehr Zeit für gute Pflege durch mehr Personal ist die wichtigste Bedingung für Pflegekräfte, in den Beruf zurückzukehren oder ihre Stundenzahl zu erhöhen. Direkt dahinter folgen eine höhere Bezahlung und verlässliche Arbeitszeiten. Wie sich die Situation verbessern ließe, zeigen die Entlastungstarifverträge von Verdi.

Gerade weil die Ergebnisse so wenig überraschen, ist diese Potenzialanalyse wichtig. Denn obwohl die Probleme im Gesundheitswesen seit Jahren bekannt sind, Umfragen und Hilferufe aus den Kliniken kaum zu überhören waren, änderte sich nur wenig. Die Studie führt allen Verantwortlichen vor Augen, welches Potenzial sie verschenken und vor allem, dass sie es heben könnten, wenn sie denn wollten. ■

Von **Fabienne Melzer**

Jennie Auffenberg/Denise Becka/Michaela Evans/Nico Kockott/Sergej Schleicher/Esther Braun: **„Ich pflege wieder, wenn ...“ – Potenzialanalyse zur Berufsrückkehr und Arbeitszeitaufstockung von Pflegefachkräften.** April 2022 www.ich-pflege.wieder-wenn.de

Blick nach Schweden



Schwedens Rentensystem wird häufig als Beispiel genannt, wenn die Kapitaldeckung in der deutschen Alterssicherung ausgebaut werden soll. Florian Blank, Rentenexperte des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung, hat die Rentensysteme anhand von Modellbiografien verglichen. „Mit Blick auf die Leistungen spielen beide Länder etwa in einer Liga“, so sein Fazit. „Das deutsche System wirkt aber stabiler.“

Schwankungen auf den Kapitalmärkten, das habe sich in Schweden gezeigt, können zu Einbußen bei der Rente führen. ■

Von **Fabienne Melzer**

Florian Blank: **Rente: Eignet sich Schweden als Vorbild für Deutschland?** WSI Policy Brief Nr. 69, Düsseldorf, April 2022

Sie wollen mehr Publikationen aus der Hans-Böckler-Stiftung?



Besuchen Sie boeckler.de (Veröffentlichungen).

Neun Wege durch Krisen



Wie Betriebsräte in der Vergangenheit mit Krisen umgegangen sind, zeigt eine Sonderauswertung des Instituts für Mitbestimmung und Unternehmensführung (I.M.U.). So traf etwa den Triebwerkshersteller MTU die Wirtschafts- und Finanzkrise erst mit Verzögerung. Der Betriebsrat konnte sich daher mit einer Vereinbarung zum Auf- und Abbau von Gleitzeit vorbereiten. Bei der Nicolay-Gruppe wiederum konnten alle Arbeits-

plätze gerettet werden, weil Beschäftigte auf Geld verzichteten, bei Salzgitter Flachstahl nutzte der Betriebsrat die Krise für Qualifizierungen. Alle neun aufgeführten Beispiele wurden zwischen 2009 und 2019 beim Deutschen Betriebsräte-Preis eingereicht. ■

Von **Fabienne Melzer**

Julia Massolle: **Unternehmen in Krisen.** Mitbestimmungspraxis Nr. 35, Düsseldorf, November 2020

DAS POLITISCHE LIED



Elvis Costello: Shipbuilding (1983)

Is it worth it?
 A new winter coat and shoes for the wife
 And a bicycle on the boy's birthday
 It's just a rumour that was spread around town
 By the women and children
 Soon we'll be shipbuilding

SCHIFFE FÜR DEN KRIEG

Elvis Costello ist mit seiner Band „The Attractions“ auf Tournee in Australien, als ihn die Anfrage erreicht, einen Text zu schreiben. Die Melodie gibt es schon, Robert Wyatt wird die melancholische Ballade singen. Die Nachrichten kennen gerade kaum ein anderes Thema als die Eskalation des Streits zwischen Argentinien und Großbritannien über die kleine Inselgruppe im Südwestatlantik, die von den Briten „The Falklands“ genannt wird und von den Argentinern „Las Malvinas“.

Seit 1833 wird die Insel von Großbritannien beansprucht. In der Nacht zum 2. April 1982 landeten die ersten argentinischen Truppen auf den Falklandinseln, was zu einer raschen Eskalation führt. Als am 2. Mai 1982 ein britisches Atom-U-Boot den argentinischen Kreuzer „General Belgrano“ versenkt, steht auf der Titelseite der Londoner Boulevardzeitung „The Sun“ die Schlagzeile „Gotcha!“, erwischt. Bei dem Angriff haben 323 Menschen ihr Leben verloren. Costello ist entsetzt über das Ereignis ebenso wie über die Form der Berichterstattung.

Noch während der Tournee schreibt er eine Geschichte aus seiner Heimat, ohne die Premierministerin Margaret Thatcher oder

den Falklandkrieg wörtlich zu erwähnen. Costello stammt aus Birkenhead, einer Industriestadt am River Mersey, die gegenüber von Liverpool liegt und ebenfalls vom Schiffsbau lebt. Zuletzt ging es kontinuierlich abwärts, Werften mussten schließen, Familien haben ihren Lebensunterhalt verloren. „1982 hatten die meisten Geschäfte die Stadt verlassen. Du konntest die gesamte Laird Street langlaufen und bist kaum einer Seele begegnet“, schreibt Costello.

In seinem Songtext stellt er sich vor, wie plötzlich das Gerücht die Runde macht, bald würden die Werftarbeiter wieder Schiffe bauen. Auf den gleichen Schiffen ziehen die Söhne der Arbeiter schließlich in den Krieg – und hoffen, vor Weihnachten zurück zu sein. Schon die allererste Zeile des Songs stellt die entscheidende Frage: Ist es das wert? „Shipbuilding“ wird ein Erfolg für Robert Wyatt, und Costello findet den Song so gelungen, dass er ihn selbst noch einmal aufnimmt; der legendäre Jazztrompeter Chet Baker steuert ein Solo bei.

Und der Krieg? Ein paar Tage, nachdem Costello den Text im Juni 1982 fertig hat, schweigen die Waffen. Als „Shipbuilding“ 1983 erscheint, ist der Falklandkrieg schon

vorbei, nach zweieinhalb Monaten. Die Inseln bleiben britisch. In der kurzen Zeit erleben die Werften keinen Aufschwung, die jungen Männer sind auf den alten Schiffen in den Krieg gefahren. Thatchers innenpolitisches Kalkül geht indessen auf: Die Unterhauswahlen 1983 werden der größte Erfolg der konservativen Partei unter ihrer Führung.

In seiner Autobiografie schreibt Costello, er sei Protestsongs gegenüber immer skeptisch gewesen. Eine Welt ohne „Ohio“ und „Free Nelson Mandela“ mag er sich trotzdem nicht vorstellen. Er fragt sich: „Kann ein Song verändern, was die Menschen denken? Ich bezweifle das, aber ein Song kann dein Herz infiltrieren, und das Herz kann verändern, was du denkst.“

Von **Martin Kaluza**

Das Lied hören/ansetzen:
 Elvis Costello live: youtu.be/dVhjRqBM5uw
 Robert Wyatt: youtu.be/Res3-YX4X8g

Best-of Zukunftsdialog



dgb-zukunftsdialog.pageflow.io

Vier Jahre lang fragte der DGB mit seinem „Zukunftsdialog“, wie die Menschen leben und arbeiten wollen und welche regionalen Themen sie bewegen. Über 5000 Beiträge gingen ein, von denen ein Teil auf der Webseite redenwirueber.de nachzulesen ist. Jetzt wurde nachgelegt: Diese multimediale Seite zeigt ein Best-of der Impulse und Ergebnisse.

Ein Highlight sind kurze, sehr gut gemachte Filme über einzelne Leuchtturmprojekte. Beispiel Göttingen: Im Rahmen der bundesweiten Aktionswoche „Bezahlbar ist die halbe Miete“ stellte der DGB-Kreisverband ein Modell eines Wohnzimmers in die Göttinger Fußgängerzone. Auch in Göttingen, wo Wohnen trotz der vielen Studierenden jahrzehntelang bezahlbar war, sind die Angebotsmieten zuletzt rasant gestiegen. Aus der Fußgängerzonenaktion entstand das Bündnis „Gutes Wohnen für alle“. Mit Erfolg: Das Bündnis konnte das Mietenproblem im Kommunalwahlkampf 2021 zum Thema machen, einige Forderungen flossen in die Parteiprogramme ein.

Oder der Hamburger Stadtteil Harburg, ein traditionelles Arbeiterviertel. Er ist schlecht an

das öffentliche Verkehrssystem angeschlossen. Das Auto ist oft die einzige Möglichkeit, zur Arbeit zu kommen. Der Harburger Stadtverband befragte Betriebs- und Personalräte und bekam überall ähnliche Antworten: Busse und Bahnen seien zu teuer, schlecht getaktet, zu voll und unzuverlässig. Für eine Konferenz ein Jahr später konnte der DGB den Verkehrssenator und die Fachpolitiker der Parteien gewinnen.

Weitere Inhalte der Seite: Die Rubrik „50 aus 5000“ zeigt besonders prägnante Meinungen, die eingegangen sind: „Unser System krankt an der Vorstellung, dass Akademiker höhergestellt seien als andere“; „Solidarität muss über Betriebs-, Branchen- und Landesgrenzen hinausgehen“. Lesenswert ist ein Streitgespräch zwischen Reiner Hoffmann und der Buchautorin Julia Friedrichs. ■

Von **Gunnar Hinck**

Fazit

**KURZWEILIGE BILANZ EINES
LANGZEITPROJEKTS**

PODCASTS

Auf Arbeit

Aus dem Arbeitsalltag der Beschäftigten in Dienstleistungsbranchen berichtet dieser Podcast von Verdi. Dort erzählt beispielsweise die Aldi-Betriebsrätin Ina Taute-Hässelbarth, wie in ihrem Unternehmen das Befristungsgesetz ausgenutzt wird: Kolleginnen starten mit einem befristeten Arbeitsvertrag und werden dann weiter mit Sachgrund befristet. Krankenschwester Anna Elbert spricht darüber, wie sich Zeitarbeit in der Pflege ausbreiten konnte und welche negativen Folgen das hat. Reinhören lohnt sich! ■

podcast.verdi.de

Opa Heiko

TikTok ist eine Plattform, auf der Jugendliche normalerweise neue Tanztricks vorführen oder ihre Katze zeigen. „Opa Heiko“, eigentlich Heiko Lorenzen, erzählt vom Krieg und hat bereits 75 000 Follower. Der Ukrainekrieg brachte den 84-Jährigen auf die Idee, jungen Leuten über seine Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg zu berichten – und darüber, was Krieg für die Zivilbevölkerung bedeutet: „Mutter zeigte uns gegenüber nie Angst, sondern es ging immer nur darum, was müssen wir als Nächstes tun. Wir hatten keine Zeit, uns mit der Angst zu beschäftigen.“ ■

www.tiktok.com/@opa.heiko

STIFTUNG ONLINE

IMK zum Ukrainekrieg

Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) hat seine Veröffentlichungen und Presseartikel mit IMK-Zitaten zum Ukrainekrieg und zu den wirtschaftlichen Folgen unter einem eigenen Link zusammengefasst. Die zahlreichen Verweise auf IMK-Studien in den Medien zeigen, wie gefragt die fachlichen Einschätzungen des stiftungseigenen Forschungsinstituts sind. Bereits kurz nach Verabschiedung der zwei Entlastungspakete veröffentlichten Sebastian Dullien, Katja Rietzler und Silke Tober eine Studie mit dem Tenor: Sie sind sozial ausgewogen, sollten aber nachjustiert werden. Die pauschale Subventionierung von Benzin sei verteilungspolitisch „nicht unproblematisch.“ ■

www.imk-boeckler.de/de/24882.htm

Foto: Neue Visionen



„Wie im echten Leben“.

F 2022. Regie: Emmanuel Carrère. Mit Juliette Binoche, Hélène Lambert u. a. Kinostart: 30. Juni 2022

FILMTIPP

Putzjob aushilfsweise

Schriftstellerin Marianne hat genug von den Soirees des Pariser Kulturlebens; für ihr nächstes Buch soll was Richtiges her. Didier Eribon hat es vorgemacht: Wer etwas bewegen will, muss in die Provinz mit den harten Leuten und vor allem ihren furchtbaren Berufsleben. Marianne zieht incognito ins abgerissene Caen, wo die Leute von schlimmen Jobs, Arbeitslosenhilfe oder gar nichts leben.

Ihre erste Schlägerei hat sie folglich im Arbeitsamt. Christèle, junge Mutter dreier Kinder, bekommt die Stütze nicht und geht auf die Sachbearbeiter los. Beide sind sich sofort sympathisch. So landen Marianne wie Christèle in der Putzkolonne, die nachts die Fähren nach England aufräumt. Als Reinigungskraft, lernst du dir ganz schön die Hände schmutzig. „Warum benutzt jemand eine Toilette, ohne sie zu bedienen?“, fragt sie sich mehr als einmal. Aber vor allem ist das Badezimmerschrubben, Bettwäschewechseln und Flureschick-Machen ein Hochleistungssport für sieben Euro brutto die Stunde. Arbeit, die man erst sieht, wenn sie nicht getan wird.

Regisseur Emmanuel Carrère und sein Schauspielstar Juliette Binoche bringen mit ihrem Spielfilm „Wie im echten Leben“ Arbeiterinnenkino in bester französischer Tradition. Ökologische Transformation? Wie, bitte schön, komme ich um sechs Uhr morgens zur Schicht, wenn kein Bus fährt?

Das Ensemble liefert neben der Handlung ein dickes Skript voller Informationen über Europas prekäre Arbeitswelt, speziell die der Frauen. Aber der Film kann noch mehr und beschäftigt sich ausgiebig mit den Gemütslagen der Insassen dieser deregulierten Arbeitswelt. Mariannes Mitstreiterinnen können alles ab – trinken, ruppige Sprüche, Dreck von der Unterseite der Gesellschaft. Was das Prekariat nicht so duftet findet: angelogen zu werden. Da steht Marianne im Klassenwiderspruch. Sie kann jederzeit aussteigen, für die anderen ist es das einzige Leben. Wie der Film aus dem Dilemma rauskommt, ist versöhnlich wie drastisch. Eine saubere Punktlandung des sozialen Kinos. ■

Von Jürgen Kiontke

RÄTSEL Die Kundgebung im Bonner Hofgarten 1981 gilt bis heute als machtvollste Demonstration der Friedensbewegung. Sie legt offen, wie gespalten die Gesellschaft im Umgang mit der Sowjetunion und dem atomaren Wettrüsten ist.

Von Kay Meiners

Foto: picture alliance / Klaus Rose





Heinrich Böll ist da, der Schriftsteller und Nobelpreisträger. Der Sänger Harry Belafonte. Die Grünen-Politikerin Petra Kelly. Die Witwe des ermordeten Bürgerrechtlers Martin Luther King. Der Chor Kölner Gewerkschafter. Bundeswehrsoldaten in Uniform. Mehr als 300.000 Menschen demonstrieren am 10. Oktober 1981 im Bonner Hofgarten gegen das atomare Wettrüsten zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion, an diesem Tag aber insbesondere gegen die Nato, die neue atomare Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper in Westeuropa stationieren will.

Die Gesellschaft ist tief gespalten. Die Nato sieht sich nicht als Kriegstreiber. Sie setzt auf Abschreckung als Basis für Verhandlungen. Ihre Mittelstreckenraketen Pershing II und Marschflugkörper Cruise-Missile schließen gemäß ihrer militärischen Logik eine „Raketenlücke“. Sowjetische SS-20-Raketen bedrohen mit ihrer Reichweite von 5000 Kilometern seit einiger Zeit Ziele in Westeuropa, auch in Deutschland. Seit 1979 verfolgt die Nato das Ziel, mit der Sowjetunion gleichzuziehen und sie zugleich zu Abrüstungsverhandlungen zu zwingen, so die Ratio des Nato-Doppelbeschlusses, als dessen Architekt Bundeskanzler Helmut Schmidt gilt.

Die „Nachrüstung“ der Nato wird schließlich gegen erheblichen Widerstand durchgesetzt – unter der CDU-Regierung Kohl, die seit 1982 amtiert. Die Aufrüstungsspirale kann erst durchbrochen werden, als in der Sowjetunion mit dem Amtsantritt von Michael Gorbatschow 1985 eine neue Ära anbricht.

Die Welt atmet auf, als US-Präsident Ronald Reagan und Gorbatschow 1987 einen Vertrag unterzeichnen, der festlegt, dass beide Seiten ihre atomaren Mittelstreckenraketen innerhalb von drei Jahren vollständig vernichten. Durch weitere Abrüstungsrunden gelingt es, die Zahl der atomaren Sprengköpfe von mehr als 70.000 auf heute etwa 13.000 zu senken.

Seit Anfang der 2000er Jahre beschuldigen sich die Nuklearmächte allerdings gegenseitig fehlender Regeltreue und des Vertragsbruchs. 2019 scheiterte ein Nachfolgeabkommen zur Einigung von 1987. Zudem haben sich seit den 1990er Jahren die globalen Rüstungsausgaben wieder erhöht. Insgesamt rund zwei Drittel der Ausgaben entfielen 2021 auf die USA, China, Indien, Großbritannien und Russland. ■

Rätselfragen

Der Regisseur Stanley Kubrick drehte im Jahr 1964 einen satirischen Film über den Kalten Krieg und die nukleare Abschreckung. Wie lautet sein englischer Titel?

Im Jahr 1957 sprachen sich deutsche Kernphysiker gegen die Pläne von Konrad Adenauer für eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr aus. Wie heißt ihr nach einer deutschen Universitätsstadt benannte Appell?

Heute befinden sich nur auf einem Fliegerhorst in Rheinland-Pfalz Atomwaffen in Deutschland. Wie heißt er?

Alle richtigen Einsendungen, die **bis zum 25.07.2022** bei uns eingehen, nehmen an einer Auslosung teil.

Preise

1. Preis: Gutschein der Büchergilde Gutenberg, Wert 100 Euro
- 2.–4. Preis: Gutschein der Büchergilde Gutenberg, Wert 50 Euro

Schicken Sie uns die Lösung

Hans-Böckler-Stiftung
Redaktion Mitbestimmung
Georg-Glock-Straße 18
40474 Düsseldorf
E-Mail: redaktion@boeckler.de

Auflösung der Rätselfragen 2/2022

Jom Kippur
Beirut
ca. 159 I

Den 1. Preis hat Wolf-Jürgen Röder aus Hofheim gewonnen. Je einen 50-Euro-Gutschein erhalten Christel Becker aus Siegen, Maria Scholz aus Dresden und Fritz Rosner aus Heddesheim.



BRIEFE, E-MAILS UND MEINUNGEN



ZUR AUSGABE 02/2022,
TITELTHEMA „WEG VON GAS
UND ÖL“

Großes Kompliment

Klaus Daniel, Mitglied der Geschäftsleitung der ifb Institut zur Fortbildung von Betriebsräten GmbH & Co. KG in Seehausen am Staffelsee schreibt:

„Ich finde die Ausgabe ganz hervorragend gemacht. Der Fokus auf den Ukrainekrieg und seine Folgen, beleuchtet aus dem Blickwinkel von Betriebsräten, wurde nicht nur bestens gewählt, sondern auch klasse umgesetzt. Auf diese Weise wird dem für unsere

Gesellschaft so wichtigen Ehrenamt des Betriebsrats zumindest ein Stück der wohlverdienten Wertschätzung zuteil. Großes Kompliment.“

Topaktuelles Heft

Bruno Burger, Senior Scientist am Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme ISE in Freiburg, schreibt:

„Die April-Ausgabe Ihres Magazins ist sehr interessant und topaktuell. Sie gefällt mir sehr gut.“

Katalysator Krieg

Phil Paschoff schreibt auf Facebook:

„Es ist sehr schade, dass es erst einen Krieg in Europa geben muss, um die anachronistische Energiepolitik in angemessener Geschwindigkeit in Richtung erneuerbare Energien zu lenken.“

Kein Beispiel für Deutschland

Manfred Schweres, emeritierter Professor für Arbeitswissenschaft, schreibt uns aus Duisburg:

„Die mit Steuermillionen geförderte Solarindustrie ging unter. Die Förderbedingungen beim Windenergieausbau wurden verschlechtert, und Zehntausende Hochtechnologie-Arbeitsplätze gingen verloren. Jetzt setzt Michael Vassiliadis immer noch auf die hochgefährlichen Atomkraftwerke und denkt über Fracking im eigenen Land nach? Der US-Bundesstaat Montana mit seinen durch Fracking verseuchten Grundwasserhorizonten ist ein mahnendes Beispiel. Es ist einsichtig, dass das kein Beispiel für Deutschland sein darf.“

ZU AUSGABE 02/2022, KRANKENHAUS-BEITRAG „NUR NOCH DAS SCHLIMMSTE VERHINDERN“

Nicht mehr so kaputt

Ellen Ost, Fachkrankenschwester am Universitätsklinikum Jena, schreibt auf Facebook:

„Bei uns sind seit Monaten Betten gesperrt und sogar eine komplette Station geschlossen – wegen fehlenden Personals. Das ist ein

Ergebnis des Tarifvertrags. Für mich ist es ein Unterschied, ob ich, wie jetzt vereinbart, 9 Patienten betreue oder bis zu 19, wie vorher. Ich bin nicht mehr so kaputt. Dass wir in Jena nicht für alle Bereiche Vereinbarungen treffen konnten, so zum Beispiel für die Labore und Ambulanzen, liegt auch daran, dass die Tarifkommission und die Teamdelegierten nicht emanzipiert genug waren und letztlich dem Eckpunktepapier zugestimmt haben. Hier hätten wir uns durchsetzen müssen. Die Kollegen waren für einen Erzwingungsstreik bereit. Hier liegt der größte Fehler.“

Und Ihre Meinung?

Sie haben sich so richtig geärgert über einen Beitrag oder fanden eine Reportage ganz toll? Schreiben Sie uns!
redaktion@boeckler.de

IMPRESSUM

Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung, Mitbestimmungs-,
Forschungs- und Studienförderungswerk des DGB,
Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf

Verantwortliche Geschäftsführerin:

Claudia Bogedan

Redaktion:

Kay Meiners, Telefon: 0211/77 78-139
Fabienne Melzer (verantwortlich), Telefon: 0211/77 78-192

Konzeption des Titeltemas: Kay Meiners, Fabienne Melzer

Redaktion dieser Ausgabe: Kay Meiners, Fabienne Melzer

Redaktionsassistent: Angelika Söhne

Telefon: 0211/77 78-147

E-Mail: redaktion@boeckler.de

Projektmanagement/Layout/Produktion/Artdirection:

Signum communication GmbH, Mannheim,
Nadine Bernhardt, Jutta Stuhlmacher

Titelfotos: Getty Images, Jörg Farys, Frank Rumpenhorst

Druck: Offset Company, Wuppertal

Verlag: Bund-Verlag GmbH, Postfach, 60424 Frankfurt/Main

Adressänderungen für Förderer:

foerderer@boeckler.de

Adressänderungen für Stipendiaten und Vertrauensdozenten:

Über das Extranet der Studienförderung

Leserservice für sonstige Bezieher und kostenfreie Einzelhefte:

Bund-Verlag GmbH

Telefon: 069/79 50 10-96

E-Mail: abodienste@bund-verlag.de

Datenschutz

Die zur Abwicklung des Abonnements erforderlichen Daten werden nach den Bestimmungen der EU-DSGVO und des BDSG verwaltet.

Sie erhalten von uns die gedruckte Ausgabe des Magazins Mitbestimmung. Die Printausgabe können Sie jederzeit abbestellen.

Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie uns eine E-Mail an redaktion@boeckler.de.

Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter:

www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Newsletter.

ISSN 0723 5984



printed by
OFFSET COMPANY
SCC-13

IN DER NÄCHSTEN AUSGABE ...

Nr. 4 | August 2022

Bildungsgerechtigkeit

Vor mehr als 20 Jahren bescheinigte die erste Pisa-Studie dem deutschen Bildungssystem eine schreiende soziale Ungerechtigkeit. Kinder von Akademikereltern hatten bei gleicher Leistung deutlich größere Chancen auf eine Gymnasialempfehlung. Die Lesekompetenz hing nirgends so stark vom Geldbeutel der Eltern ab wie in Deutschland. Was hat sich seither im Bildungssystem verändert? Ist es durchlässiger geworden? Wie sieht es mit den Bildungschancen von Kindern aus Nichtakademikerhaushalten oder Einwandererfamilien aus? Während der Coronakrise waren Schülerinnen und Schüler wochenlang zu Hause auf sich selbst gestellt. Wer hat besonders darunter gelitten, und wie sollen die Lücken geschlossen werden?

FEEDBACK

Gibt es in Ihrem Betrieb etwas, über das wir einmal berichten sollten? Etwas, das richtig gut läuft, oder etwas, über das Sie sich ärgern? Vermissen Sie ein Thema im Magazin?

Dann schreiben Sie uns oder rufen Sie uns an.



02 11/77 78-147
redaktion@boeckler.de
magazin-mitbestimmung.de



ORT DER VARUS- SCHLACHT, VENNER STR. 69, BRAMSCHE- KALKRIESE

Rebekka Kuiter (27) arbeitet als Restauratorin für die VARUSSCHLACHT im Osnabrücker Land gGmbH.

Von **Kay Meiners**
Foto **Karsten Schöne**

„Genau hier, wo ich arbeite, kämpften vor 2000 Jahren römische Soldaten und Germanen gegeneinander. Was die Archäologen auf dem antiken Schlachtfeld finden, bringen sie zu uns. Besonders empfindlich ist Eisen, weil es stark korrodiert ist. Wir bekommen Klumpen, in denen kaum noch metallisches Eisen vorhanden ist, dafür aber aggressive Salze. Ohne Konservierung zerfallen sie.“

Meine Arbeit ist fast wie eine Zeitreise. Wir kommen den Menschen, die diese Dinge einst hergestellt und verwendet haben, sehr nahe. Seit zwei Jahren restauriere ich den Schienenpanzer eines Legionärs. Das ist eine Rüstung aus Eisenplatten, die den Oberkörper vor Hieb- und Stichwaffen schützte. Der Schienenpanzer ist weltweit einzigartig. Zu mir kam er in einem 500-Kilo-Block mit der umgebenden Erde, der schon im Computertomografen untersucht wurde.

Dass ein so ein großes Metallobjekt auf einem geplünderten Schlachtfeld entdeckt

wird, ist eine Ausnahme. Es wurde jedes Stück Metall mitgenommen. Aber hier haben wir es mit besonderen Umständen zu tun: Der Panzer lag in einer verschütteten Grube zusammen mit einer Fessel, einer sogenannten Halsgeige und weiteren Funden.

Meine Arbeit ist es, die alte Oberfläche freizulegen – mit einem feinen Skalpell, einem Schleifgerät wie beim Zahnarzt und einem Sandstrahlgerät. Dabei brauche ich viel Geduld. Die Stücke werden mit Acrylharz stabilisiert, Fragmente zusammengefügt. Ich verwende alterungsstabile, möglichst entfernbare Materialien. Alles muss in einem angemessenen Klima gelagert werden.

Wir wissen nicht genau, was mit dem Legionär, der den Panzer trug, geschehen ist. Wurde er getötet? Den Göttern geopfert? Knochen haben wir keine. Derzeit laufen Untersuchungen, die die Phosphatkonzentration im umliegenden Erdreich analysieren. So will man feststellen, ob wirklich ein Körper im Inneren des Panzers war.“ ■



21. SEPTEMBER 2022
BERLIN, CAFÉ MOSKAU

LABOR.A 2022: GUTE ARBEIT IN DER TRANSFORMATION

Klimawandel, Globalisierung, Digitalisierung und demografischer Wandel werden Arbeit und Leben im kommenden Jahrzehnt verändern. Die Labora, die Plattform der Hans-Böckler-Stiftung zur Arbeit der Zukunft, beschäftigt sich daher mit der Frage, was das für die Beschäftigten bedeutet. In verschiedenen

Runden mit unterschiedlichen Schwerpunkten geht es um eine nachhaltige Gestaltung der Wirtschaft, in der Gute Arbeit bewahrt und ausgebaut wird. Die Labora findet am 21. September in Berlin und auch online statt. Das Programm wird live auf labora.digital/2022 gestreamt.



Die Sommerakademie läuft
unter der Federführung der
Hans-Böckler-Stiftung.

DEN WANDEL SOZIAL UND NACHHALTIG GESTALTEN

DEMOKRATIE GESTALTEN
VOM 29. AUGUST BIS 4. SEPTEMBER
IN HEIDELBERG

Die Stipendiatinnen und Stipendiaten der
13 Begabtenförderungswerke treffen sich nach
zweijähriger Pause wieder zur Sommer-
akademie. Knapp eine Woche diskutieren
sie über „Demokratie im Wandel – auf dem
Weg zu einer neuen globalen Ordnung?“